Israel zwischen westlicher Demokratie und religiösem Fundamentalismus

Israel definierte sich von Beginn als ein »jüdischer Staat«. Nach der Eroberung Ost-Jerusalems, der Westbank und des Gaza-Streifens im Sechstagekrieg 1967 verschärfte sich die Kontroverse zwischen säkularen und religiösen Zionisten sowie orthodoxen Juden um den Charakter des Staates Israel. Der Wahlsieg des Likud-Blocks 1977, der eine Wende in der israelischen Politik herbeiführte, zeigte, wie stark die ursprüngliche zionistische Ideologie bereits unterwandert war. Die Ermordung Rabins und die Strategie Netanyahus nach dem erneuten Sieg des Likud in den Wahlen von 1996 sind Folgen der »unheiligen Allianz« zwischen Messianismus und Nationalismus. »Netanyahu ist Gefangener des schlimmsten Elements der israelischen Politik: der alten, fanatischen Rechten«, so der Schriftsteller Yoram Kaniuk in der »Frankfurter Rundschau« vom 31. Mai 1996. Diese Kräfte beeinflussen mittels ihrer religiösen Definitionsmacht den Diskurs und greifen nach der politischen Macht. Je stärker Israel sich auf das Judentum und seine fundamentalistische Variante orientiert, um so irrationaler wird seine Politik, das heißt auch um so gefährlicher für seine Nachbarn.

Die Allianz zwischen extremem Nationalismus und religiösem Fundamentalismus offenbart sich am sinnfälligsten im Anspruch auf Eretz Israel, der von einigen religiösen Zirkeln und politischen Gruppen aggressiv vorgetragen wird: Für die nationalistische Siedlerbewegung Gush Emunim, die rechtsextremen Gruppen Kahane und Kahane-Chai sowie die Nationalreligiöse Partei (Mafdal) ist es sogar ein »göttliches Gebot«, Land zu erobern, das zum »Land Israel« gehört. Diese »historischen Grenzen« werden zum Teil weit in Gebiete der Nachbarstaaten verschoben. Der säkulare Politiker Ariel Sharon schlug 1993 auf einem Likud-Parteitag vor, daß die Partei sich die »biblischen Grenzen« offiziell zu eigen machen sollte. Damals wurde ein solches Konzept nicht angenommen. Inzwischen befürworten die religiösen und nationalistischen Vertreter in der Netanyahu-Regierung einen solchen Expansionismus in »Eretz Israel«. Der Wissenschaftler Israel Shahak sieht im politischen Einfluß des »jüdischen Chauvinismus« und des »religiösen

Fanatismus« eine ebenso große Gefahr wie im Antisemitismus. Beide, der »Antisemitismus und der jüdische Chauvinismus, können nur gleichzeitig bekämpft werden«.[1]

1. Das Bündnis zwischen der nationalen Rechten und dem religiösen Fundamentalismus

Die Ermordung des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabins offenbarte der Weltöffentlichkeit ein Paradoxon der israelischen Gesellschaft: die radikale Rechte. In Israel gibt es keine formal institutionalisierte »Rechtspartei«, wie wir sie in einigen Ländern Europas kennen, es existieren eine ganze Anzahl von Parteien, deren Gedankengut nach westlich-demokratischen Maßstäben als »rechtsextrem« und »nationalistisch« zu bezeichnen ist und die alle im Parlament vertreten sind. Nationalistisches Gedankengut reicht bis weit in die Arbeitspartei hinein. Ideen, die man in westlichen Demokratien als »rechts« bis »rechtsextrem« einstufen würde, sind in Israel ein Massenphänomen und in der Öffentlichkeit nicht diskreditiert. Zu den Vorläufern der heutigen Rechten gehörte auch Vladimir Jabotinsky, führender Repräsentant der revisionistischen Richtung im Zionismus, sowie die militärischen Kampf- oder Terrororganisationen Etzel, bekannt unter dem Namen Irgun, und die Stern-Bande oder Lechi, genannt nach ihrem Gründer Abraham Stern. Beide Organisationen beeinflußten vor 1948 durch ihre Ideologie und Terrorakte den Staatswerdungsprozeß Israels nicht unwesentlich. Trotz ihrer Auflösung nach der Gründung des Staates Israel ist ihr gesellschaftlicher Einfluß noch immer beträchtlich. In den fanatischen Siedlern hat die extreme Rechte nun eine Massenbasis.

Der Sechstagekrieg war der wichtigste Einschnitt in der Geschichte Israels und leitete die Rereligiösierung großer Teile der Bevölkerung ein. Was als politisches Faustpfand gedacht war, wurde zu einem »Objekt ideologisch begründeter Begierde«.[2] Fortan wollten diese Kreise nichts mehr von Abba Ebans »großzügigem Sieger« wissen, der sich als liberaler und demokratischer Beherrscher verhalten wollte. Das besetzte palästinensische Land hieß nicht mehr Westbank, die Nationalisten gaben ihm den Namen Judäa und Samaria. Der Sieg war in ihren Augen der göttliche Lohn für das jüdische Volk.

Am 14. Oktober 1967 wurde Meir Vilner, Generalsekretär der

Kommunistischen Partei Israels, die einzige Gruppierung, die den Krieg verurteilt hatte, bei einem Attentat schwer verletzt. Der Attentäter arbeitet in der Druckerei der Tageszeitung »Hajom«, dem Organ des Gachal-Blocks, dem Vorgänger des Likud-Blocks. Jahrelang bedrohten jüdische terroristische Gruppen – vor allem die DOV (Unterdrückung der Verräter) und TNT (Terror gegen Terror) – die Anhänger der Linken, weil diese die Übergriffe des israelischen Militärs auf Palästinenser kritisiert hatte. Trotz ihrer kriminellen Aktivitäten nahm die Polizei diese beiden Untergrundorganisationen nicht ernst.

Abraham Yitzhak Hakohen Kook hat den Boden für die Synthese zwischen Judaismus und Zionismus maßgeblich mitbereitet. 1904 übernahm Kook in Jaffa das Amt des Chefrabbiners. Er bezog sich auf die Schriften des jüdischen Philosophen Maimonides (auch Rambam genannt), einem Rabbiner des 12. Jahrhunderts aus Cordoba in Spanien, und legte das letzte Buch des jüdischen Rechts (Halacha), die Mischne Thora, neu aus. Laut Mischne Thora hatte es zwei Messiasse gegeben. In Kooks Interpretation waren die Zionisten kollektiv nichts anderes als der erste Messias, der Vorläufer der zweiten heiligen Phase der Erlösung. 1922 gründete Kook in Jerusalem die Jeschiwa merkasit olamit, die eine neue Elite formen sollte, die die Lehren des Judaismus und Zionismus vereint. Der Zionismus war also kein Hindernis mehr für die Erlösung, wie die Haredim glaubten, sondern nach Kook ein Instrument, das die Ankunft des Messias beschleunigen werden würde. Der Geist Gottes und der Geist Israels seien eins, so Kook.

Nach Kook akzentuierte sein Sohn Zwi Jehuda Hakohen die abstrakten Ideen seines Vaters neu und sorgte für deren Verbreitung. Im Unterschied zu seinem Vater glaubte er, der bevorstehenden Erlösung müsse Reue vorausgehen. Er ernannte die Steuereintreiber und Soldaten des Staates zu Agenten des »Königreiches Israel«. Die Juden seien aufgerufen, alle Länder zurückzuerobern, die Gott ihnen verheißen hatte. Für ihn waren »der Staat, die Regierung und die Armee heilig«. Kook entwickelte sich schnell zum geistigen Mentor der religiös-zionistischen Jugendgruppe B'nai Akiva. Seine Studenten gehörten zu den ersten Soldaten, die bei der Eroberung der Altstadt von Jerusalem im Juni 1967 an der Klagemauer waren. Motta Gur, ihr Befehlshaber, ließ Kook auf Bitten der Soldaten zur Klagemauer holen; dort erklärte er: »Wir geben hiermit dem Volke Israels und der gesamten Welt bekannt, daß wir in himmlischem Auf-

trag soeben zum heiligen Berg und in unsere heilige Stadt heimgekehrt sind. Wir werden sie nie wieder verlassen.« Ähnlich pathetisch erklärte Netanyahu fast 30 Jahre später anläßlich seiner Wahl in der »Jerusalem Post« vom 2. Juni 1996: »Wir werden die israelische Souveränität über das vereinte Jerusalem erhalten. Ich gebe dies heute Nacht in Jerusalem, der ewigen Hauptstadt des jüdischen Volkes, bekannt, daß die Stadt nicht wieder geteilt wird.« Die Befreiung urbiblischen Landes war in den Augen von Kooks Schülern der Beweis für die bevorstehende Erlösung. Sie allein schienen gerüstet, dem Messias den Weg zu bereiten. Als Mittel dazu betrachteten sie die Besiedelung der besetzten Gebiete.

In der Siegeseuphorie setzte sich die Ideologie des sogenannten Eretz Israel Haschlema (Groß-Israel-Ideologie) durch, die von der religiösen und politischen Rechten getragen war, aber auch Teile der damals regierenden Arbeitspartei umfaßte. Die Besiedelung des eroberten Landes wurde durch die Arbeitspartei und ihre jeweiligen Koalitionspartner initiiert; so entstanden jüdische Siedlungen auf dem Sinai, im Jordantal, um Hebron, Ost-Jerusalem und auf dem Golan. Das Siedlungskonzept basierte auf einer Sicherheitsdoktrin, die bis heute die gesamte israelische Gesellschaft blockiert. Sie dient als Herrschaftsinstrument gegenüber den Palästinensern und legitimiert die Dominanz der herrschenden Ashkenazim über die orientalischen Sephardim. Nachdem der Likud-Block 1977 die Macht übernommen hatte, änderte sich die Politik dramatisch. Die »Judaisierung« der Westbank und die Siedlungspolitik wurde intensiviert. Ein Palästinenserstaat sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Die 1974 gegründete Siedlerbewegung Gush Emunim gewann beständig an Einfluß. Zu ihren Gallionsfiguren der ersten Stunde zählten der Rabbiner Moshe Levinger und Erziehungs- und Umweltminister Zevulun Hammer, der Mitte Januar 1998 verstarb. Ihr Spiritus rector war kein geringerer als der Rabbiner Zwi Jehuda Kook. Zu dessen Schülern zählten die Rabbiner Chaim Druckman und Elieser Waldman, die in ihren Talmudschulen (Hesder-Jeshiva) Tausende von Schülern und angehende Soldaten mit ihrer militanten Ideologie indoktrinieren. Beide haben offen zur Befehlsverweigerung aufgerufen, sollten die Soldaten zur Räumung von Siedlungen eingesetzt werden. Waldman vertrat in seinen Schriften die Meinung, daß Gott den Holocaust als Prüfung für die Juden selbst verhängt habe. Es sei ein verzweifelter Versuch Gottes gewesen, die Juden nach »Zion« zu treiben. Die Haredim dagegen interpretierten

den Holocaust als Gottes Strafe für die Assimilation der Juden und das Einlassen mit dem weltlichen Zionismus. Der Sieg im Krieg von 1948 sei ein »Akt Gottes« gewesen. Mit dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 habe Gott den Juden »einen weiteren Schock« versetzen wollen, damit sie endlich begriffen, daß sie das Land besiedeln sollten, so Waldman.

Der »Gush« ersetzte den Rechtsbegriff »Staat Israel« durch den biblischen Begriff »Land Israel« (Eretz Israel). Dieser Begriff rechtfertigte die Besetzung der Gebiete im Namen eines besonderen Bundes zwischen Gott und dem »auserwählten Volk«. Nach Ansicht des »Gush« verzögert sich die Ankunft des Messias, wenn Land an Nichtjuden zurückgegeben werde. Da sich die Anhänger des »Gush« als die Stellvertreter des Messias auf Erden verstehen, glauben sie ein Recht auf Widerstand gegen den »unreligiösen Staat« zu haben. Sie führen einen jüdisch-fundamentalistischen »Jihad« gegen die Netanyahu-Regierung und insbesondere gegen die vorhergehende unter Rabin. Verbündete dieser Ideologie finden sich in den Reihen der Nationalreligiösen Partei Mafdal, die viel von ihrer Toleranz und Aufgeschlossenheit verloren hat, seit sie Mitte der siebziger Jahre den »Gush« unterstützte. Diese sich früher Misrachi nennende Partei hatte den Zionismus schon immer akzeptiert und versucht, ihm eine religiöse Wendung zu geben. Die Partei vertritt eine kompromißlose nationalistische Linie, tritt für die Schaffung eines Großisrael und die Annektion der Gebiete ein.

Die Gush-Emunim-Bewegung war nur eine von vielen Rejudaisierungsbewegungen, die sich in Israel und der Diaspora formierten. Zusammen bilden sie den jüdischen Fundamentalismus. Ihre politische Speerspitze bildet die Nationalreligiöse Partei. Alle Gruppen fordern gegenüber den Palästinensern eine Politik der »eisernen Faust« und der rassistischen Diskriminierung. In ihren zahlreichen Thora- und Talmud-Schulen verbreiten sie nicht nur ihre religiösen, sondern auch ihre ideologisch-rassistischen Ansichten. In diesen Einrichtungen werden die Schüler einer Gehirnwäsche unterzogen, die im völligen Gegensatz zu den westlichen Wertvorstellungen der israelischen Gesellschaft steht. Ein ähnliches Phänomen stellt Joseph Algazy für die Schulen der Ultraorthodoxen fest. In »Le Monde diplomatique« vom 18. Februar 1998 schreibt er: »In den Schulen der Ultraorthodoxen werden die Jugendlichen – und über sie auch ihre Eltern – einer regelrechten Gehirnwäsche unterzogen, erhalten aber auch Hilfe bei der Bewältigung ihrer Probleme.«

Die Journalistin Stefanie Christmann schreibt in der Wochenzeitung »Freitag« vom 6. Juni 1997: »Rassistisches Denken kommt nach 30 Jahren Besatzung in Israel mittlerweile offen, stolz und ›frech‹ daher.« Die staatlichen Stellen finanzieren zum Teil diese Einrichtungen und haben mit diesen extremistischen Gruppierungen große Nachsicht gezeigt. In einem Interview mit dem Verfasser machte Israel Shahak auf die Gefährlichkeit der Mafdal aufmerksam. »Sie ist eine messianische Partei. Sie glaubt, daß wir in einer Zeit der Erlösung leben. Die Welt hat sich geändert, und Gott wird augenblicklich erscheinen. Deshalb müsse man Taten vollbringen, die uns hoffen lassen, daß Gott zu unseren Gunsten eingreifen wird ... Nur die Mafdal fordert die Gründung eines religiösen Staates, in dem das talmudische Gesetz anstatt des säkularen Gesetzes gilt. Des weiteren gibt es eine starke Tendenz in dieser Partei, den dritten Tempel wieder zu errichten. Das heißt, die Al-Aqsa-Moschee und der Felsendom müssen zerstört werden. Dies würde zu einem Konflikt mit der islamischen Welt führen, der viel gefährlicher wäre als alles, was die Zionisten bisher getan haben.«[3] Die Ideologie der Mafdal ist eine Mixtur aus politisch-nationalistischen und religiös-messianischen Elementen. Um die Abkapselung der Nationalreligiösen zu verhindern, plädiert der Schriftsteller Abraham B. Yehoshua in einem Interview mit der »Frankfurter Rundschau« vom 30. August 1997 für einen Dialog mit der Mafdal. Ein solcher Dialog sei aus kultureller Sicht wichtig, weil sonst die »amerikanische CNN-Identität unser eigenes Selbst« wegwische.

Weitere fundamentalistische Strömungen sind die Charedim (Gottesfürchtigen), die sich in aschkenasische und sephardische sowie zionistische und antizionistische Gruppen aufspalten. Am extremsten antizionistisch eingestellt sind die Neture Karta, eine Gruppe, die den Staat Israel völlig ablehnt, da die Erlösung Gottes Werk sei. Als nichtzionistisch gelten die Agudat Israel und die Degel Hatorah, die im Jahdut Hatorah-Block vereinigt sind. Sie galten in der Vergangenheit als politisch moderat, haben sich aber aus Opportunitätsgründen der harten Haltung der proannektionistischen Rechten angenähert. Im Gegensatz zu den aschkenasischen Charedim treten die sephardischen Juden von der Shas-Partei für einen Kompromiß mit den Palästinensern ein. In diesem Punkt unterstützten sie die Arbeitspartei in der Knesset, als die Oslo-Abkommen verabschiedet wurden. Die Shas ist eine Klientel-Partei, die ursprünglich aus der ashkenasischen Agudat Israel hervorging und

die nach dem Grundsatz des Gebens und Nehmens funktioniert. Sie unterstützt nur religiöse Juden. Sie baut ein religiöses und soziales Netzwerk auf, unterhält Kindergärten und religiöse Schulen. »Insgesamt wenden die religiösen Parteien die gleichen Techniken der Rekrutierung von neuen Mitgliedern an wie die islamistische Bewegung in Israel und die Hamas im Westjordanland und in Gaza-Streifen«, so Joseph Algazy. Politisch nähert sich die Shas immer stärker dem Likud und den anderen rechtsreligiösen Parteien an, da diese die Abneigung gegen alle Nichtjuden und die ideologische »Exklusivität« der jüdischen Religion teilen. Ihr Fundamentalismus speist sich nicht zuletzt aus den Diskriminierungen, die ihnen von den Ashkenasim zugefügt worden sind. Als Beweis dafür gilt ihnen die Anklage gegen ihren Parteichef Arie Deri wegen Korruption. Ihr geistiges Oberhaupt ist der frühere sephardische Oberrabbiner Ovadia Yosef. Er widersprach Deri in der Frage der Rückkehr der Palästinenser, gegen die Deri votieren wollte. Für Yosef ist es mit einem moralischen und humanitären Standpunkt nicht vereinbar, Menschen, die entwurzelt worden sind, die Rückkehr an den Ort zu verwehren, an dem sie geboren sind. Für Yosef gilt ein Menschenleben mehr als die »Heiligkeit des Landes«. Um Frieden zu bekommen, ist die Rückgabe von Gebieten geboten. Die Shas lehnt den Terror vehement ab, weil er jüdisches Leben fordert. Das Urteil von Adel Elias, sie zähle zu den »extremistischsten religiösen Parteien« kann nur bedingt geteilt werden.[4]

Die politische Klasse Israels zeigte sich überrascht, als im April 1984 die Polizei Mitglieder einer jüdischen Terrorgruppe verhaftete, die verdächtigt wurde, mehrere Studenten der islamischen Universität in Hebron ermordet und Attentate gegen palästinensische Bürgermeister verübt zu haben. Diese Organisation traf gerade letzte Vorbereitungen für die Sprengung des Felsendoms auf dem Tempelberg. In einem Verhör, das der Inlandsgeheimdienst Shin Bet (Shabak) durchführte, enthüllte ein Verhafteter die satanische Logik dieser Terroristen: »Die Zerstörung dieser Moscheen hätte Abermillionen Muslime in Wut versetzt. Ihr Zorn hätte sehr wahrscheinlich einen Krieg ausgelöst, der zu einem Weltkrieg eskaliert wäre. Solch ein Krieg würde mit seiner enorm hohen Todesrate den Erlösungsprozeß der Juden und des Landes Israel vorantreiben. Denn zu diesem Zeitpunkt wären dann alle Muslime verschwunden und somit alles bereit für die Ankunft des Messias.« Damit sei das Palästinenserproblem im »gelobten Land« endgültig gelöst.

Einige dieser Terroristen gehörten auch dem »Gush« an. So bekräftigte der »Gush«-Aktivist Yehuda Etzion, »der Herr« habe ihn dazu beauftragt. Der ehemalige Polizeiinspektor Assaf Hefets enthüllte am 31. Dezember 1997, daß Mitglieder des »Gush« die heiligen islamischen Städten zerstören wollen, um »den Salomonischen Tempel an deren Stelle wieder zu errichten«, dies würde den »Prozeß der Erlösung des jüdischen Volkes« beschleunigen. Die israelischen Behörden sollten die Absichten der extremistischen Elemente ernst nehmen. Felicia Langer kann nur zugestimmt werden: »Man muß kein Prophet oder Mitglied des Geheimdienstes sein, um zu begreifen, welch ein Gefahrenpotential von den Anhängern solch einer Lehre ausgeht, sobald sich ihr Glaube mit den vielen und mörderischen Waffen verbindet, die in ihrem Besitz sind, und wenn ihr Glaube in einer Atmosphäre von Nachsicht, wohlwollendem Verständnis und manchmal sogar mit direkter Unterstützung durch die Armee praktiziert wird.«[5]

Der 1971 in Israel eingereiste amerikanische Rabbiner Meir Kahane förderte die Radikalisierung und Gewaltbereitschaft der Rechten wesentlich. Er war der Anführer der als rassistisch und terroristisch bekannten »Jüdischen Verteidigungsliga« in den USA. 1984 wurde er zum Knesset-Abgeordneten gewählt. Seine »Philosophie der jüdischen Gewalt« setzte sich immer stärker in religiösen Kreisen durch. Kahane war anscheinend von den Morden an den Juden so traumatisiert, daß er nur an Rache dachte. Jüdische Gegengewalt deutete er als »Glorifizierung Gottes«. Er gründete die rassistisch-faschistische Kach-Bewegung (So ist das), hetzte gegen die Palästinenser und brachte als Knesset-Abgeordneter einen Gesetzesentwurf ein, der den Geist der Nürnberger Rassegesetze atmete. Für die Kach gelten Hinterlist, Gewalt und Terror als typisch »arabische Eigenschaften«. So schlug Kahane im Hinblick auf die Vertreibung aller Araber aus Groß-Israel vor: Zwangsdeportationen aller Nichtjuden, die sich weigerten, den zweitklassigen Status eines »ausländischen Bewohners« anzunehmen; Verbot für alle Nichtjuden, in der Region von Jerusalem zu wohnen; Verurteilung zu fünfzig Jahren Gefängnis für jeden Nichtjuden, der sexuelle Beziehungen zu einer Jüdin hatte; die Einrichtung von »getrennten Ständen« für Juden und Nichtjuden.

Das Oberste Gericht verbot eine weitere Kandidatur von Kahane, da seine Partei »faschistisch« sei. Nach seiner Ermordung 1990 in

New York gründete sein Sohn Benjamin Kahane die Gruppe Kahane Chai (lebt). Beide, Kach und Kahane Chai, agitieren gegen den Friedensprozeß und provozieren Gewalttätigkeiten, sie organisieren tödliche Attentate auf Palästinenser. Sie wurden zwar nach dem Massenmord von Goldstein verboten, setzten aber ihre Aktivitäten unbehelligt fort. Weitere Parteien, die extremes und rassistisches Gedankengut vertreten, sind Tsomet (Wegkreuzung) des ehemaligen Generalstabchefs und jetzigen Landwirtschafts- und Umweltministers Raphael Eitan und Moledet (Vaterland), des Generals Rechawan Zeevi, der ein Programm der Umsiedlung der Palästinenser verfolgt. Für Zeevi ist Arafat »kein Neonazi. Er ist ein Nazi, klar und deutlich«, so in der Debatte in der Knesset vom 22. Januar 1998.

Eine Gruppe, die sich aus dem Dunstkreis um Kach und Kahane-Chai entwickelt hat, ist die Eyal-Gruppe, aus der der Rabin-Attentäter Yigal Amir kam. Alle diese Organisationen verschanzen sich hinter den rechten bürgerlichen Politikern des Likud und der Mafdal-Partei. Einige rechts gerichtete Politiker wollten die Ausstrahlung des Fernsehberichts von Michael Carpin verhindern, der diese Verbindungen aufdeckte, doch das Oberste Gericht gab ihrem Antrag nicht statt. Diese Parteien deckten zumindest indirekt die Aktivitäten des »Gush« oder auch von Zu Arzeno (Das ist unser Land), deren Aufruf zum zivilen Widerstand an offene Rebellion grenzt. Für sie waren das Camp-David-Abkommen sowie der Vertrag von Oslo eine Katastrophe, weil die israelische Regierung bereit war, Land zurückzugeben und damit Juden direkt in Gefahr gebracht habe. Eine solche Landrückgabe stellt nach ihren Vorstellungen eine »religiöse Rebellion gegen Gott« dar. Die Vereinbarung Rabins mit Arafat signalisiere, daß Gottes Nachsicht beendet sei und daß die apokalyptischen Leiden begännen. Daß solche Ansichten nicht nur religiöse Außenseiter vertreten, zeigt der gemeinsame Auftritt von Eliyakim Ha'etzni, eines ehemaligen Knesset-Abgeordneten, und Ariel Sharon vor israelischen Soldaten. Sogar in Hitlerdeutschland habe es Soldaten gegeben, die verstanden hätten, daß die Regierung das deutsche Volk ins Verderben führe. Auch die israelische Regierung führe ihr Volk ins Verderben, so Ha'etzni. »Sie will uns das Land unter den Füßen rauben, das Land der Bibel, das Heilige Land, ohne das der Staat Israel völlig sinnlos ist.« Dies sah auch Sharon so und versprach Abhilfe. Nicht die Palästinenser, sondern die Rabin-Regierung sei der eigentliche Feind des Frie-

dens. »Die erste Tat einer anderen, jüdisch-nationalen Regierung, die mit Gottes Hilfe der jetzigen folgt, wird die Weiterentwicklung der Siedlungen sein.« Dieser Wunsch Sharons ist bereits in Erfüllung gegangen.

Ha'etzni bezichtigte Peres des »Verrats an den Juden« und beschimpfte ihn als »Rehabeam«, eine der schlimmsten Beleidigungen für einen Juden. Ein »Rehabeam« zettelt einen Bürgerkrieg an, so daß »Juden gegen Juden« kämpfen würden. Daher sei es Aufgabe, ja sogar »göttliche Pflicht« eines jeden Juden, gegen die Politik seiner Regierung anzugehen und wie auch immer gearteten Widerstand zu leisten, wenn diese territoriale Kompromisse mit den Arabern einginge. Jede Gebietsverletzung komme einem Sakrileg gleich. Ha'etzni lehnte die demokratische Mehrheitsentscheidung ab, er verglich sie mit der Mehrheit, die damals um das »Goldene Kalb« getanzt habe. Für die fundamentalistische Siedlerzeitung »Nekuda« gibt es keinen Raum mehr für einen Dialog mit der Regierung, weil sie die Entstehung eines palästinensischen Staates fördere. Die Arbeitspartei sei zu einer Partei der »Feiglinge« und »Ängstlichen« geworden; sie verteidige die Rechte der Palästinenser in Eretz Israel. Eine solche Behauptung geht nicht nur an der Realität vorbei, sondern ist bloße Demagogie. Haetzni, Moshe Levinger, der »Gush«, der Siedlerrat und andere extremistische Gruppen gehörten zu den schärfsten Kritikern der Politik von Rabin.

Die Logik der Rechten ist schlüssig: Ha'etzni fragt, warum die Israelis Tel Aviv beanspruchten, wenn sie auf Hebron verzichten wollten. Wenn Israel nicht auf das gesamte Eretz Israel Anspruch erhebe, verliere Israel seine Existenzberechtigung in den Grenzen von 1948. Würden die Israelis keinen Anspruch auf das ganze Land erheben, seien sie nichts anderes als bloße Landräuber, quasi Eindringlinge, die sich der Vertreibung der indigenen Bevölkerung schuldig gemacht hätten. Innerhalb des religiösen Systems ist diese Argumentation stringent. Sie sollte aber auf internationaler Ebene irrelevant sein, da dort religiös-mythische »Rechtskonstruktionen« keine Rechtsgültigkeit besitzen. Diese Extremisten spielen sich somit als die Hüter der wahren Legitimität Israels und der Bibel auf. »Unabhängig von Mehrheitsverhältnissen nehmen sie die israelische Politik zur Geisel«, so Dan Diner in der »FAZ« vom 19. Oktober 1996.

Die extremistischen Siedler lieferten sich schon früh mit den israelischen Ordnungskräften Straßenschlachten, bezeichneten Rabin

als »Verräter« und schickten ihm Morddrohungen. Insbesondere nach dem Mord von Chaim Mizrahi aus der Siedlung Beit El, der von drei Palästinensern erstochen und verbrannt worden war, richtete sich der Zorn der Siedler gegen den Regierungschef, der die extremistischen Siedler in die Nähe der Hamas gerückt hatte. Die »Jerusalem Post« schieb dazu: »Eine der niederträchtigsten Äußerungen, die je ein israelischer Spitzenpolitiker getan hat.« In dem Ort Or Akiva tauchte ein Aufkleber mit der Forderung auf: »Rabin muß umgebracht werden!« Auch Hamas-Fundamentalisten sowie Siedler-Fundamentalisten kooperierten und waren bestrebt, das Abkommen zu Fall zu bringen, wie Armin Wertz am 3. November 1993 in der »Frankfurter Rundschau« schrieb.

Gershon Salomon, Chef der israelischen »Getreuen des Tempelbergs« und der Hamas-Funktionär Gamiel Hamani versicherten sich gegenseitiger Sympathie im gemeinsamen Kampf. Eine andere Initiative von 105 prominenten, rechten Persönlichkeiten unterschrieb einen »ethischen Verhaltenskodex gegen eine Regierung von Kollaborateuren, die eine Allianz mit dem Feind« eingegangen seien. Die Unterzeichner lehnten die Oslo-Vereinbarungen ab und sprachen der »terroristischen Rabin-Regierung« jegliche Legitimität ab, da sie sich auch auf die Stimmen der »Araber« stütze. Ein Rückzug aus den Siedlungen wurde als »Verbrechen« bezeichnet, dem man widerstehen müsse. Gegen eine eventuelle Räumung von Siedlungen sollte mit Waffengewalt Widerstand geleistet werden. Dieser »Kodex« forderte die Registrierung der »Friedensverbrechen« der Rabin-Regierung für einen späteren Prozeß.[6] Es gab also einen geistigen Nährboden für das Attentat.

Yigal Amir – der Rabin-Attentäter – war Jurastudent an der namhaften Universität Bar-Ilan in Tel Aviv, einem Zentrum des religiösen Fundamentalismus und extremer Gesinnung. Vor Gericht erklärte Amir, daß gemäß der Halacha ein Jude, der »sein Volk und sein Land dem Feind überläßt, wie Rabin es getan hat, getötet werden muß. Mein Leben lang habe ich die Halacha studiert, und ich bin über alles auf dem laufenden.« Amir zufolge war Rabin persönlich für die Ermordung von Juden durch palästinensische Terroristen verantwortlich. Rabin sei ein Verbündeter der Palästinenser (Rabin-Judenrat). »Als ich zielte, war es, als zielte ich auf einen Terroristen.« Er habe es für Volk, Land und Thora Israel getan. Amir war von einem tiefen Haß auf die Araber und alle diejenigen durchdrungen, die mit ihnen auch nur in entferntesten zu tun hatten.

Für Amir hatte die Rabin-Regierung ihre Legitimität verloren, als er die Menschen auf dem »Platz der Könige« sah, bemerkte er: »Schaut euch das Publikum an, die Hälfte davon sind Araber.« Bei der Vernehmung versuchten die Beamten vergebens, Amir Informationen über Hintermänner oder die Rabbiner zu entlocken, die ihm die religiöse Dispens für den Mord gegeben hatten, ohne die er die Tat nicht ausgeführt hätte, wie er gestand. Wäre der Attentäter ein Araber gewesen, hätte »moderate physische Gewalt«, sprich Folter, auf der Tagesordnung gestanden. »Die Mitarbeiter des Shin Bet unterlassen es nicht, dieses erlaubte Mittel bei Palästinensern einzusetzen.«[7]

Bei seiner Vernehmung offenbarte Amir, daß zwei Rabbiner Rabin als Rodef und Mosser bezeichnet haben. Ein Rodef, das heißt ein Verfolger, bringt einen Juden in Todesgefahr. Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, muß dieser Verfolger getötet werden, um andere Menschenleben zu retten. Das ist keine Strafe, sondern eine Erlösung. Ein Mosser ist ein Spitzel oder jemand, der einen anderen ausliefert, vor allem Juden oder ihre Güter an Nichtjuden. Ebenso wie ein Rodef kann er ohne Urteil getötet werden. Die Ermordung war also ein Befehl von oben und keiner konnte sie verhindern, wie Haggai, der Bruder Yigal Amirs, sagte. Die Tat Amirs war nach dem jüdischen Gesetz kein Mord. Die Tat war zwingend notwendig, um Gefahr von jüdischen Volk abzuwehren. Der langjährige Chefarzt der psychiatrischen Abteilung an der Universitätsklinik Tel Hachomer in Tel Aviv, Aron Ronald Bodenheimer, macht Gott als den einzig Schuldigen aus. »Wer über Amir richtet, der richtet über Gott … der Täter wohnt im Himmel. Wenn es derselbe Gott ist, der die biblischen Bücher beider Testamente in die Welt getragen hat, so ist er der Schuldige.«[8]

Amir hatte zwar eine paramilitärische Talmudschule besucht, stammte aber aus Herzliya im israelischen Kernland. An der Bar-Ilan-Universität lebt der Campusrabbiner Israel Hess, der Anfang der achtziger Jahre ein Traktat mit dem Titel veröffentliche: »Das Gebot zum Völkermord in der Thora«. Alle, die dem »Volk Gottes« den Krieg erklärten, seien »Amalekiter« (Erzfeinde Israels). Gott erkläre den Gegen-Jihad, so Hess. In einem solchen Krieg müßten die »Amalekiter« bis zum letzten Weib und Kind ausgerottet werden. Hess lehrt noch immer an Bar-Ilan, wo die Anhänger Meir Kahanes rassistische Plakate anbringen durften, die Rabin zeigten, wie er sich Blut von den Händen wäscht.

Rabbiner waren federführend beteiligt an aufrührerischen Aktionen gegen die rechtmäßig gewählte Regierung, die sie bezahlt. Mit ihren Reden und »religionsgesetzlichen« Entscheidungen haben sie mit dazu beigetragen, der Regierung die Legitimität abzusprechen. Sie argumentierten, die Regierung habe »kein Mandat« und stütze sich nicht auf eine jüdische Mehrheit, noch schlimmer sei, daß sie in der Knesset die Stimmen der arabischen Abgeordneten benötige, d. h. der »nichtjüdischen Knesset-Angehörigen«, die ihre Weisungen von Arafat erhielten. Diese Abgeordneten sind aber israelische Staatsbürger.

Auch der jetzige Ministerpräsident Netanyahu hat die Atmosphäre mit vergiftete, die zu Rabins Ermordung geführt hat. Er, Sharon und Ehud Olmert sprachen auf Demonstrationen, auf denen man Plakate zeigte, die Rabin quasi zu »Freiwild« erklärten, ohne sich davon zu distanzieren. David Lev und andere Likud-Politker warnten Netanyahu davor, den Likud nicht »zum Schwanz der extremistischen Parteien« werden zu lassen.

Auf diesen Plakaten wurde Rabin als »Verräter«, »Mörder« oder als »Rabin-Judenrat« bezeichnet. Dies ist eine der übelsten Verleumdungen, da sie Rabin eine Kollaboration mit den Palästinensern unterstellt, die zur Vernichtung Israels führen würde. Auf Demonstrationen wurde eine Rabin-Puppe gezeigt, mit einer palästinensischen Keffieh, in SS-Uniform und mit Hackenkreuzbinde, am Galgen baumelnd oder auf einem Sarg liegend mit der Aufschrift »Rabin, Mörder des Zionismus«. Während einer Kundgebung schrien Rechtsextremisten: »Mit Blut und Feuer, werden wir Rabin vertreiben.« Die Redner hämmerten dem Publikum diese feindseligen Parolen regelrecht ein. Sie verglichen Rabin mit Marshall Petain, präsentierten eine Anklageschrift für einen späteren Hochverratsprozeß. Eine Gruppe von »Mystikern«, hauptsächlich Rabbiner, veranstaltete eine gespenstische Zeremonie vor Rabins Wohnung, die unter Eingeweihten als die furchtbarste Stigmatisierung gilt. Sie beschworen »Racheengel«, die Rabin mit »peitschenden Feuerhieben« (Pulsa denura) töten sollten. »Und gegen ihn, Yitzhak, Sohn der Rosa, den man als Rabin kennt, ist es uns erlaubt, die Engel der Vernichtung anzurufen, damit sie das Schwert erheben, um diesen schlechten Menschen zu töten; denn er händigt das Land von Israel an unsere Feinde aus, an die Söhne von Ismael.« Ein Teilnehmer äußerte vor der Fernsehkamera: »Der Verräter Rabin wird verdammt. Dieses Urteil ist das stärkste und wenn angewandt, funktio-

niert es immer.« Drei Tage nach diesem religiösen Mummenschanz war Rabin tot. Diese Aktionen gehören gewiß zu den politischen und moralischen Tiefpunkten in der Geschichte Israels. Auch Lea Rabin ist davon überzeugt, daß der Likud-Block aus politischen und ideologischen Gründen eine Kampagne gegen ihren Mann führte.[9] Bezeichnenderweise sind die Debatten über adäquate Antworten auf den »Verrat am jüdischen Volk« seit der Wahl Netanyahus und dem so gut wie toten Friedensprozeß völlig verstummt.

Heftige Kritik am Verhalten und den Aussagen der Rabbiner übte der Wissenschaftler Haim Gordon. »Was einzigartig an diesem Götzendienst ist, daß er durch nationalistische, politische Ansicht bestimmt wird und von Juden kommt, die sich als religiös bezeichnen«, so auf einer Konferenz im Juni in Beer Sheva. Dieser Götzendienst verbreite sich wie ein »Krebsgeschwür« und wurde zur Norm. Keine der führenden Rabbiner und Politiker habe sich gegen diesen Götzendienst gewandt. »Die Rabbiner sind keine ›spirituellen Führer‹. Sie sind Schwindler ... Hunderte von Rabbiner in Israel sind Götzdiener, weil sie ihre Anhänger nicht zu einem Leben in Gerechtigkeit gemäß den Geboten anhalten, statt dessen ermutigen diese Rabbiner ihre Anhänger die Gebote zu mißachten und das Land Israel zu verehren.« Diese Art des Judentums wurde zu einer »fanatischen und wahnsinnigen Religion, die völlig die Spiritualität der Bibel vermissen läßt«. Viele Israelis haben sich gegenüber ihren Nachbarn »versündigt«, was zu Wiedergutmachungsleistungen führen müsse.[10] Diese religiösen Kräfte, schreibt Stefanie Christmann im zitierten »Freitag«, blockieren nicht nur die Rückgabe der Gebiete, »sondern bekämpfen und unterminieren darüber hinaus auch den säkularen Rechtsstaat, um an seiner Statt einen fundamentalistischen Judenstaat zu errichten«.

Teile der Linken und die Arbeitspartei bewerteten die Tat als die eines »verrückten Siedlers« (Ehud Barak) oder als ein »ausländisches Implantat« (Amos Oz). »Diese Morde mögen Wahnsinn sein, aber die Weltanschauung, die ihnen zugrunde liegt, ist kein fremdes Implantat, nichts, was Israels politischer Kultur äußerlich wäre. Ihre geistigen Wurzeln reichen vielmehr tief in die Geschichte des Zionismus hinein.«[11] Amir und Goldstein sind zwar Terroristen, aber Wahnsinnige waren sie nicht. Deshalb kann der Einschätzung Amos Elons nicht gefolgt werden, der Amir als den im Lande aufgewachsenen guten Jungen von nebenan und Goldstein als amerikanischen Cowboy auf der Suche nach dem Wilden Westen charakterisierte.[12] Dieses Argument geht völlig an der theologischen Tradition vorbei, in der beide stehen. Die Taten wurden nicht von politischen Wirrköpfen oder Wahnsinnigen verübt, »sondern von rational handelnden Intellektuellen«[13].

Für die Arbeitspartei und Meretz sowie andere liberale und linke Gruppierungen trugen die Rechten Schuld an dem Attentat. Die Linke stilisierte Yitzhak Rabin zu einem »Heiligen«, »Friedenspolitiker« oder wie Lea Rabin zu einem »Denkmal«.[14] Nach seiner Ermordung verstieg sich die Linke zu kuriosen Äußerungen: »Yitzhak, Du siehst von oben auf uns herab« oder »Rabin, sage Gott, dem Du so nahe bist, schaffe Netanyahu weg.« Auch die »Denkmal-Pose« wird Rabin nicht gerecht, der den größten Teil seines Leben ein »Mann des Krieges« war. 1948 und 1967 war er an den Vertreibungen der Palästinenser maßgeblich beteiligt. Erst seit 1993 zeigte er sich aus strategischer Notwendigkeit bereit, zu einem Ausgleich mit den Palästinensern zu kommen. Wenn man die Abkommen betrachtet, die er ausgehandelt hat, kann man es nur schwer nachvollziehen, warum die westliche Öffentlichkeit ihn einen »Friedenspolitiker« genannt hat. Der Verfasser schrieb über Lea Rabins Buch in der »FAZ« vom 26. August 1997: »Zum Andenken Rabins gehört auch, daß er gegen einen souveränen Palästinenserstaat, gegen die Auflösung der Siedlungen, gegen das Rückkehrrecht der Palästinenser und gegen Ost-Jerusalem als Hauptstadt für die Palästinenser war.« Es muß daran erinnert werden, daß er Ende März 1993 die Politik der Abriegelung initiierte, die bis heute in Kraft ist, und im Juli 1993, als schon in Oslo Geheimverhandlungen liefen, einen Kurzkrieg im Libanon geführt hat, durch den willkürlich 500 000 Menschen vertrieben worden sind.

Nach dem Attentat auf Rabin schien die Rechte in Israel wie gelähmt. Plötzlich wollte keiner von ihnen die Hetztiraden geäußert haben und an den Anti-Regierungsdemonstrationen beteiligt gewesen sein. Die Linke verfiel in den Fehler, den Geheimdienst mit allen Mitteln zu verteidigen. Dies nutzte natürlich die Rechte und ging nach der Regierungsübernahme durch Netanyahu in die Offensive und beschuldigte ihrerseits die Linke sowie den Geheimdienst Shin Bet. Die Rechte verbreitete zwei Versionen über den Mord an Rabin: eine extreme und eine moderate.

Nach der extremen Variante, die am 31. Oktober 1997 in der Zeitung der Nationalreligiösen Partei, »Hatzofe«, veröffentlicht und am 2. November von »Ha'aretz« nachgedruckt wurde, soll der Ge-

heimdienst von dem Mordplan Amirs gewußt und den Ministerpräsidenten informiert haben. Er habe den Anschlag gebilligt, aber den Geheimdienst angewiesen, die Kugeln gegen Platzpatronen auszutauschen. Ein leitender Shin Bet-Agent soll Peres informiert haben, und beide beschlossen, die Patronen nicht auszutauschen. Fast alle israelischen Persönlichkeiten einschließlich Netanyahu und Peres haben diese Spekulationen zurückgewiesen. Am 9. November berichtete »Ha'aretz« in einem Beitrag, daß ein nicht unerheblicher Teil von gemäßigten Besuchern von Synagogen diese Theorie glaube. So gab Yitzhak Ben-Nun zu Protokoll: »Ist es nicht eine Schande, daß die Linke die Hälfte der israelischen Bevölkerung des Mordes bezichtigt? Bin ich ein Mörder? Wenn sie wissen wollen, wer der Mörder ist, sollen sie Shimon Peres fragen ... Ich glaube, daß der Shabak Rabin umgebracht hat, um ihn durch Peres zu ersetzen.« Und Ya'akov Malka sagte: »Hätte der Shabak Rabin nicht umgebracht, warum hätte er dann Avishai Raviv anstellen sollen, um gegen ihn zu hetzen ... Ich bin gegen Bibi, aber wie lange soll ich auf Befehl der Linken um Rabin trauern? Ich bin nicht länger bereit, mich wie ein Hund behandeln zu lassen!« Israel Shahak vermutet, daß zirka 20 Prozent der Israelis die These über Peres und den Geheimdienst glauben.[15]

Die moderate Version geht auch von Peres' Verwicklung aus und wirft dem Geheimdienst vor, bei dem Mord entweder geholfen oder ihn arrangiert zu haben. Die Behauptungen beruhen auf zwei Argumenten: Einerseits auf den Aktivitäten von Raviv und seiner Verbindung zu Amir und andererseits auf dem nachlässigen Schutz von Rabin. Der Shin Bet wird auch beschuldigt, keinerlei Vorkehrungen getroffen zu haben, um den Mord zu verhindern.

Durch neue Enthüllungen erscheint der Geheimdienst in einem immer schlechteren Licht, weil er seine elementaren Pflichten so sträflich vernachlässigt hat. Dieses Versagen des Shin Bet schädigt den ansonsten exzellenten Ruf des Geheimdienstes immens. Der Shin Bet ist ein Exportschlager Israels. Allein in Afrika sollen 20 000 Israelis Sicherheitsaufgaben ausführen. Der Untersuchungsbericht unter Leitung des ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichts, Meir Shamgar, kam zu dem Schluß, daß der Shin Bet nicht gut funktionierte. Über das Umfeld und das religiöse Milieu, in dem Leute wie Amir gedeihen konnten, fiel kein Wort.

Seit 1987 ist Raviv für den Shin Bet tätig. Er war von einem abgrundtiefen Haß auf alle Araber und »Verräter der Linken« besessen und mit 14 Jahren bereits Mitglied der faschistischen Kach. Er stammt aus einer nicht-religiösen Familie. Um die Siedler von seiner »Religiosität« zu überzeugen, verprügelte er Palästinenser, besonders Kinder und ältere Menschen auf eine üble Weise. Er zerstörte auch ihren Besitz. Deshalb wurde er verhaftet, aber der Geheimdienst veranlaßte seine umgehende Freilassung. Wegen seines hedonistischen Lebensstils und seiner saloppen Kleidung konnte er aber nie das Vertrauen der religiösen Extremisten gewinnen. Er hatte wenig Einfluß in der rechten und religiösen Szene, insbesondere in Hebron. Amir wollte Raviv in den engeren Kreis von Eyal aufnehmen, doch sein Bruder Haggai lehnte dies ab.

Raviv erregte vor allem durch seine »exzentrischen« Aktionen die Aufmerksamkeit der Presse. Er stellte das Poster mit Rabin in SS-Uniform her. Und er stand auch hinter einer bizarren Szene, als er Jugendliche veranlaßte, »Loyalität gegenüber Eretz Israel« zu schwören, während sie das Blut von gerade geschlachteten Hähnen tranken. Diese Aktion sollte als charakteristisch für die rechte Szene sein, die sie jedoch als tödliche Beleidigung auffaßte. So ist die Vermutung des Journalisten Elie Elitzur, die er am 9. November 1997 in »Yediot Aharonot« äußerte, nicht von der Hand zu weisen. Raviv ging auch auf Geheiß des Geheimdienstes nach Gaza, traf sich mit Hamas-Führern, um gemeinsame Terroranschläge zu vereinbaren, wie ein lokales Blatt in Jerusalem schrieb. »Keiner kann mir weismachen, daß ein Shin Bet-Agent nach Gaza geht, um Hamas-Führer zu treffen, ohne daß er vom Shin Bet gesandt wurde.« Könnte nicht auch der Shin Bet hinter den schrecklichen Aktionen in Hebron gestanden haben, die dort gegen Palästinenser verübt worden sind?

In der Tat bleiben zahlreiche Fragen nach der Ermordung von Rabin offen. So kann man nicht glauben, daß der Shin Bet nichts von einem geplanten Anschlag gewußt haben will, obwohl Amir offen über die Notwendigkeit der Tötung Rabins gesprochen hat und dazu von Raviv immer wieder ermuntert worden ist. Auch ist es schwer verständlich, daß es kein Bild von Amir oder wenigstens eine Personenbeschreibung von ihm in Polizeikreisen gab. Warum wurde Rabin an dem Abend seiner Ermordung nur von einem Leibwächter begleitet, obgleich man einen »islamischen Terroranschlag« vermutete? Selbst dieser Leibwächter war nicht anwesend, als Amir ab-

drückte. Angeblich wurde er von Rabin zu seiner Frau gesandt. Auch kann nicht mehr geklärt werden, wer »Platzpatronen, Platzpatronen« rief, obwohl es die Umstehenden – einschließlich Lea Rabin – gehört haben. Raviv, der sich nicht am Tatort aufhielt, gab die Nachricht aus, dieses Mal sei es nicht gelungen, aber beim nächsten Mal werde es klappen. Die einzige Erklärung dafür ist, daß eine Vertrauensperson Raviv erzählte, es seien Platzpatronen benutzt worden. Der Widerspruch blieb ungeklärt, weil Raviv nicht von einem unabhängigen Staatsanwalt verhört werden konnte. Raviv bezieht bis heute vom Shin Bet ein hohes Gehalt, ohne dafür etwas zu tun.

Klingt dies nicht alles sehr nach »Verschwörungstheorie«? Das israelische Parlament muß endlich ein Gesetz verabschieden, das dem Shin Bet legale Fesseln anlegt. Er ist an fast allen Vorgängen in der israelischen Politik direkt involviert und beeinflußt Entscheidungen, wenn er sie nicht selber trifft. Die Öffentlichkeit sollte seine rechtswidrigen Aktionen nicht mit dem »Sicherheitsargument« rechtfertigen und seine bestimmende innergesellschaftliche Rolle nicht länger akzeptieren.

Auf welche geistigen Fundamente berufen sich die nationalistische Rechte und die Religiösen in Israel? Baruch Goldstein und Yigal Amir und Hunderttausende andere, die Gruppen wie dem »Gush«, »Kach«, »Kahane Chai«, »Zu Arzeno« angehören, haben eine religiöse Erziehung genossen, ohne die die Morde dieser beiden und der latente Ethnozentrismus der israelischen Gesellschaft nicht zu verstehen sind. Obwohl die extrem nationalistische Rechte des Landes immer wieder ihren Mitgliedern eingeimpft hatte, kein Mitglied des eigenen »Stammes« zu töten, wurde dieses Tabu in Folge der Radikalisierung der Gesellschaft gebrochen. Da die Israelis sich immer um die äußeren Feinde gekümmert haben, blieben ihnen die inneren Feinde verborgen. Hinzu kommt, daß man die Tötung von Palästinensern quasi als Kavaliersdelikt jahrzehntelang akzeptiert und in den seltensten Fällen strafrechtlich geahndet hatte. Straftaten der Siedler wurden überwiegend lax verfolgt. Ihren illegalen Aktivitäten gaben beide Regierungslager zu oft nach. Die Regierung hat auch zu lange geduldet, daß sich die Religiösen und die Nationalisten im Widerspruch zum säkularen Recht immer wieder auf »göttliches« Recht berufen haben.

Die Idolisierung von Extremisten treibt in der israelischen Gesellschaft seltsame Blüten. So errichtet man dem Massenmörder

Baruch Goldstein im Meir-Kahane-Park in der Extremistensiedlung Kiryat Arba ein Grabdenkmal, das zu einer Wallfahrtsstätte aller religiösen Extremisten und Nationalisten in Israel geworden ist. Auch der Rabin-Mörder wurde in Israel zum »Idol«. So berichtet das israelische Fernsehen am 9.August von drei ungefähr 17jährigen Schülerinnen, die einen Yigal Amir-Fanclub gegründet haben. Sie erklärten, Eltern und Lehrern duldeten, rechtfertigen und förderten dies sogar aktiv. Vor der Kamera reichten sie Fotos ihres »Helden« herum, rühmten seinen Mut und priesen das Lächeln, das er während seines ganzen Prozesses auf den Lippen trug. Die Mädchen besuchen religiöse Schulen und gehören dem orthodoxen Flügel der israelischen Gesellschaft an. Die Schuldirektorin sprach von »wirren« Ideen irregeleiteter Halbwüchsiger, aber an den Wänden der Schule fanden sich Schmierereien, die Shimon Peres den Tod wünschten.

Die Journalisten Ariel Weiss und Avi Segal berichten am 6. Dezember 1996 in »Yerushalayim«, daß ein Viertel der jüdischen, nationalreligiösen Öffentlichkeit die Tat von Yigal Amir unterstützt. Der Leiter der religiösen Schule »Dugma Uziel« lehnte es ab, der Ermordung Rabins in seiner Schule offiziell zu gedenken, da es zu Unruhen kommen könne, weil ein erheblicher Teil der Schüler zu Familien gehöre, die die Ermordung guthießen. Eine Untersuchungskommission, die vom Erziehungsministerium mit dem Ziel eingesetzt worden war, die religiösen Schulen reinzuwaschen, kam zu dem Schluß, daß es eine besorgniserregende Minderheit gebe, »die sich entweder gegenüber der Ermordung indifferent verhält, oder die in einigen Fällen sich sogar damit identifiziert«. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Erziehungsminister Zevulun Hammer: »Falls es diese Lehrer gibt, die eine solche Position beständig vertreten, haben sie keinen Platz im Bildungssystem.«

Israel ist ein »jüdischer« Staat, dadurch diskriminiert er qua definitionem alle Nichtjuden. Die orthodoxe Richtung der jüdischen Religion betrachtet alle Nichtjuden als nicht gleichwertig. Eine Auseinandersetzung mit dieser Tatsache ist letztendlich auch der Schlüssel zum Verständnis der Vorgänge im Lande. Religiöse Fundamentalisten und extreme Nationalisten berufen sich immer auf das jüdisch-orthodoxe Gesetz, das den Boden des »Landes Israel« für heiliger erklärt als ein Menschenleben und feststellt, daß dieser Boden von den Gojim (Nichtjuden) befreit werden müsse.

Professor Israel Shahak schreibt zu diesem Thema am 8. April

1994 in der Zeitung »Davar«: »Nach der Aufdeckung der Mordanschläge des ›Jüdischen Untergrunds‹ wurde kein Versuch gemacht, die halachischen Wurzeln dieser Taten zu begreifen. Meiner Ansicht nach ist das der Hauptgrund dafür, daß der Mörder Goldstein seinen Plan ausführen und die Sympathie und das Verständnis so weiter Kreise gewinnen konnte. Ich hoffe, daß jenem Teil der Öffentlichkeit, der nicht wünscht, daß wir in Zustände wie im khomeinischen Iran geraten, die einmalige Erfahrung im Ignorieren grundlegender Probleme genügt, und daß er den abscheulichen Mord zur Klärung der ideologischen Wurzeln nutzen wird.

Beginnen wir mit der Tatsache, daß es einem Juden gemäß der Halacha generell verboten ist, einen Gojim vom Tode zu erretten, diese Regel gilt auch für einen jüdischen Arzt – sofern er die Halacha praktiziert. Und so stellt der Rambam fest: ›Aber Nichtjuden, die mit uns keinen Krieg führen, und Viehhirten und ähnliche, denen hebt man nicht den Tod auf, und es ist verboten, sie zu retten, wenn sie sich in Todesgefahr befinden. Zum Beispiel, wenn man einen von Ihnen sah, der ins Meer fiel, dann holt ihn nicht hinauf, denn es heißt: ‹Man steht nicht untätig bei dem Blut des Nächsten, das heißt, das ist nicht sein Nächster.‹ (Halacha vom Mörder und Seelenschutz, 4. 11.) … An einer Stelle ergänzt Rambam dieses Gesetz. ›Hieraus lernst du, daß es verboten ist, Nichtjuden selbst gegen Bezahlung zu heilen, wenn man sich vor einem fürchtet oder man der Feindschaft verdächtigt wird, dann heilt man gegen Bezahlung, umsonst ist es aber verboten.‹ (Halacha vom Götzendienst, 10. 2.) …

Wenn ein religiöser Jude Goldstein daran gehindert hätte, Nichtjuden zu töten, hätte er sich gemäß der Halacha nur von der Frage leiten lassen, ob dieses Töten ›zum Guten der Juden‹ oder zum ›Guten der jüdischen Siedlungen‹ sei, so wie wir es tatsächlich von gewissen religiösen Wortführern hören. Die Grundregel, daß das Leben eines Nichtjuden nach Dafürhalten der Halacha keinerlei Wert besitzt, sieht man noch deutlicher bei einem in aller Ausführlichkeit behandelten Thema in der Halacha, nämlich dem Problem der Entweihung des Sabbats im Fall der Behandlung eines kranken Gojim. Handelt es sich um einen Juden, dann gilt das Gesetz von der ›Errettung aus Lebensgefahr‹, das das Sabbatgesetz aufhebt. Der Halacha (und Kabbala) zufolge haben aber die Nichtjuden keine Seele, und daher entscheidet die Halacha, daß ein Jude, inklusive ein jüdischer Arzt, den Sabbat nicht entweihen will, um einen Gojim zu retten oder zu behandeln, außer es geht um die oben genannte ›Errettung aus Lebensgefahr‹ oder um befürchtete ›Feindschaft‹, das heißt um die Befürchtung einer Gefahr für Juden …

Kein Zweifel, das sind die religiösen Gesetze, denen die meisten Nationalreligiösen in der Praxis und alle Orthodoxen theoretisch folgen, und hierauf gründet ihr Standpunkt, den sie zum Töten von Arabern durch einen Juden einnehmen, so wie das im Fall des ›Jüdischen Untergrunds‹ geschah. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß diese Gesetze nicht nur die gesamte religiöse Öffentlichkeit beeinflussen, sondern auch jene säkularen Kreise, die sich nicht gänzlich von der Religion befreit haben, speziell in ihrem Verhalten zu den Nichtjuden.«

Da sich der latente Rassismus der israelischen Gesellschaft aus der in der Religion fixierten »Auserwähltheit« des jüdischen Volkes speist, betont Israel Shahak: »Obwohl der Kampf gegen den Antisemitismus (und alle anderen Formen des Rassismus) niemals nachlassen sollte, ist der Kampf gegen den jüdischen Chauvinismus und Exklusivität, der eine Kritik des klassischen Judentums mit einschließt, jetzt von gleicher oder größerer Wichtigkeit.«[16]

Indirekt weist auch der Rabbiner David Hartman in der »Jewish Week« auf dieses Problem hin: »Ich denke, wenn wir dies alles als etwas uns Fremdes, als eine Art Unfall betrachten, dann müssen wir uns nie wirklich über uns selbst klar werden. Das ist kein Unfall. Es ist eindeutig etwas, das in diesem Land (Israel) gedeiht. Etwas, das aus unserer Tradition erwächst … Es besteht gar kein Zweifel daran, daß es so manches in der jüdischen Religion gibt, was zu solch einem rassistischen Verständnis anleiten kann … Was Goldstein tat, gemahnt mich daran, wie gefährlich es ist, das Reden über Amalek unwidersprochen zu lassen. Goldstein hat an mich die Herausforderung gestellt, zu erkennen, welche Art von Verbrechen man gegen die Menschlichkeit und die Moral unter dem Vorwand begehen kann, es gäbe nur einen Wert, der alles andere ausschließt, nämlich das Land (Israel), und daß die Souveränität über das ganze Land der Endzweck sei … Das ist keineswegs nur verrücktes Beiwerk. Das ist ein kranker Bestandteil, der das jüdische Selbstverständnis zu infiltrieren vermag.«

Goldstein hat sich aus religiösen Gründen immer geweigert, Nichtjuden zu behandeln. Dies gab er auch gegenüber dem Obersten Militärrabbiner Gad Navon laut »Yediot Aharonot« vom 1. März 1994 zu Protokoll: »Ich bin als Arzt nicht bereit, jemanden zu behandeln, der kein Jude ist. Ich erkenne nur den Rambam und Ka-

hane an.« Shahak erklärt: »In der Tat gibt die Halacha die Weisung, sich genau so zu verhalten: Besteht das Risiko, daß die Weigerung eines frommen jüdischen Arztes, Nichtjuden zu behandeln, den Behörden gemeldet werden könnte, dann darf er sie behandeln, doch nur, um sich selbst und anderen Juden irgendwelche Unannehmlichkeiten zu ersparen. Es gibt gute Gründe, anzunehmen, daß immer dann, wenn fromme Ärzte – und Goldstein war solch ein frommer Arzt – durch die Umstände dazu gezwungen worden sind, Araber zu ›behandeln‹, sie diese in der Tat nicht zu heilen versuchten. Selbst wenn sie den Tod ihrer Patienten nicht ausdrücklich herbeiwünschten, so unternahmen sie doch nichts Wirksames, um ihren Zustand zu verbessern.«

Daß der Rabbiner Dov Lior aus Kiryat Arba einen Massenmörder als »Gerechten« bezeichnet, ist logisch: »Da Goldstein das, was er tat, im Namen Gottes tat, muß er als ›Gerechter‹ angesehen werden.« Goldstein bekam ein pompöses Begräbnis mit einem Trauerumzug in Jerusalem und der Beisetzung in Kiryat Arba. Miriam Goldstein, die eine Kach-Aktivistin ist, wurde insgeheim zur Heldin. Für ihren und ihrer vier Kinder Unterhalt ist gesorgt. Sie äußerte auch kein Wort des Bedauerns, sondern forderte die Bestrafung der Mörder ihres Mannes. In welcher religiösen Wahnwelt die Bewohner Kiryat Arbas leben, verdeutlicht das Tagebuch von June Leavitt: »Baruch Goldstein hat unser aller Bewußtsein verändert … (er) konfrontiert jeden von uns erneut mit dem Prinzip des ›Märtyrertums‹ … (er) hat wie die Juden in der Bibel gehandelt … Wenn sie unsere Basis ist, dann geht auch Baruchs Verhalten damit konform.«[17] In Hebron warnten einige Zeloten davor, die Stadt der Patriarchen im Stich zu lassen, da dies eine »Perversion zionistischer Ideale« darstelle.

Die nationalistischen und religiös-fundamentalistischen Juden konnten den säkularen Staat in Frage stellen. Nach dem Sechstagekrieg hat sich zunehmend auch das Militär mit der religiösen Variante des Zionismus identifiziert. Die oberen Ränge des Offizierskorps fühlen sich noch dem säkularen Zionismus à la Arbeitspartei verpflichtet, doch Oberst Mikha Regev, ein stellvertretender Batallionskommandeur, verwies in einem Interview, das am 23. November 1995 in der Zeitung »Davar« erschien, auf eine wachsende Zahl von Soldaten, die aus den Hesder-Jeshivas kommen und von Rabbinern in der messianischen Tradition erzogen würden und »eine tiefe Verachtung für das säkulare Regime in Israel« hätten. »Innerhalb dieses nationalreligiösen Trends gibt es eine nicht unbedeutende Zahl, die sehr gefährlich ist. Sie betrachtet den Zionismus als einen Prozeß von kosmischer Erlösung. Sie definieren den säkularen Zionismus als einen kollektiven Messias.« Insbesondere die Eliteeinheiten der israelischen Armee werden auf Anweisung der Rabbiner von Extremisten mit dieser Gesinnung infiltriert. »Diese Yeshiwot verkörpern par excellance eine Verbindung von Thorastudium und Militärdienst«, so Moshe Zimmermann.[18] Ihr Motivation zu kämpfen ist religiös bedingt. Sie ersetzen zunehmend die weltlich orientierten Soldaten und unterwandern stillschweigend die Armee.

Shahak sieht die Verflechtung von Militär und Religion langfristig als Gefahr für die Sicherheit Israels an. »Die Zahl der religiös orientierten Offiziere und Soldaten nimmt stark zu, weil die messianischen Juden die stärksten Militaristen in Israel sind. Sie erziehen ihre Kinder für den Militärdienst über die drei Jahre hinaus. Sie unterhalten Schulen mit einem militärischen Ausbildungsprogramm, in denen die Schüler mit dem Ziel erzogen werden, Offiziere in Elite-Einheiten zu werden. Zirka 30 Prozent eine Offiziersjahrganges gehören den messianischen Juden an. Sie sind exzellente Soldaten. Die Armee bevorzugt sie. Sie könnten versucht sein, einen Staatsstreich zu organisieren, der von ihrem ideologischen Standpunkt aus immer mehr eine Möglichkeit darstellt.«[19]

Das Attentat auf Rabin erhellte, wie stark der gesellschaftliche Konsens in Israel erschüttert ist. Durch den Machtzuwachs der Nationalisten und religiösen Fundamentalisten hat sich der Kulturkampf seither zugespitzt. In diesem Kampf geht es darum, ob Israel sich weiter als säkularer Staat verstehen will oder sich zu einem »Gottesstaat« entwickelt. Nicht nur die Zeitung »Maariv«, die jeden Tag eine bis zwei Seiten mit gegenseitigen Anschuldigungen zwischen Religiösen und Säkularen abdruckt, legt davon Zeugnis ab.

Der israelisch-palästinensische Konflikt tritt gegenüber dem Kulturkampf in den Hintergrund. Noch haben die religiösen Fundamentalisten nicht die geistige Hegemonie über die Gesellschaft errungen, die sie anstreben, aber sie agieren immer offensiver. Gezielt werden säkulare Israelis aus religiösen Wohnvierteln verdrängt. In der israelischen Siedlung Ramot in Ost-Jerusalem sprühten Extremisten an die Wände, daß sie das Schwimmbad in ein religiöses Reinigungsbad (Mikwe) umfunktionieren wollen. Immer öfter fin-

det die Vereidigung der Rekruten vor der Klagemauer in Jerusalem und nicht mehr auf der ehemaligen Festung Massada statt. Die Fundamentalisten verlangen auch eine eigene Holocaust-Gedankstätte, weil in den Ausstellungsräumen von Yad Vashem Fotos gezeigt werden, auf denen nackte Menschen in die Gaskammern getrieben werden, die Religion aber Nacktheit verbiete.

Daß sich der Zorn der Fundamentalisten auch gegen Netanyahu wenden kann, zeigte die Reaktion nach der Unterzeichnung des Hebron-Protokolls. Das nationalistische Lager um die verbotene Kach-Bewegung stempelte ihn zum »Verräter«. Hinzu kommen die Drohungen der »Habad«-Bewegung, Netanyahu wegen gebrochener Versprechen vor ein Thora-Gericht zu stellen. Die Habad-Hassedim haben im Wahlkampf mit dem Slogan »Netanyahu ist gut für die Juden« die Trommel für ihn gerührt. Israel Shahak prophezeite sogar in einem Gespräch mit dem Verfasser einen Anschlag auf den Ministerpräsidenten. Nationalisten und religiöse Fundamentalisten haben ihre Macht bereits so weit ausgebaut, daß es für die säkular und westlich orientierten Israelis sehr schwer werden dürfte, ihre Rolle langfristig zu behaupten.

Der nächste Machtkampf, der der Regierung bevorsteht, dreht sich um das Konversionsgesetz, das regeln soll, wer Jude ist oder wie er zum Judentum konvertieren kann. Dieses Gesetz stellt ein Politikum ersten Ranges dar, es kann durchaus eine schwere Regierungskrise auslösen. Für die Orthodoxen ist das Problem der Konversion wichtiger als der Friedensprozeß oder die Wirtschaftspolitik. Sie bestehen darauf, daß nur solche Konversionen anerkannt werden, die vom Oberrabbinat anerkannte Rabbiner durchführen. Diese Konversionen garantieren das automatische Recht auf die Staatsbürgerschaft. Konkret würde dies bedeuten, daß alle, die sich zum liberalen und konservativen Judentum bekennen, durch den orthodoxen Raster fallen würden und vom institutionellen, religiösen Leben in Israel ausgeschlossen wären. In den Religionsräten der Städte sitzen bisher nur orthodoxe Juden, sie kontrollieren das Oberrabbinat in Jerusalem, und sie verlangen von Netanyahu, den augenblicklichen Status festzuschreiben. Sie berufen sich dabei auf eine Koalitionsvereinbarung vom Juni 1996. Dieser Alleinvertretungsanspruch, der alle Differenzierungen im Judentum der letzten 200 Jahre zunichte macht, hat heftigen Widerstand der US-amerikanischen Judenheit hervorgerufen. Die sechs Millionen jüdischen Amerikaner gehören zu 90 Prozent der liberalen und konservativen

Richtung des Judentums an. Die Konsequenz dieses Konversionsgesetzes wäre, daß die überwiegende Zahl der amerikanischen Juden nicht mehr als Juden anerkannt würde. Bei dieser »religiösen« Streitfrage geht es um viel Geld und Macht: Zum einen geht es um die Verteilung von 70 Millionen US-Dollar für den Bau von Synagogen sowie die Erhaltung der Kosher-Gesetze etc. Zum anderen streben die liberalen Juden die Trennung von Staat und Religion an. Daran können die Orthodoxen natürlich kein Interesse haben, da sie damit ihre Machtbasis einbüßen würden.

Netanyahu fürchtet nicht so sehr den Wegfall der jüdischen Spendengelder als vielmehr den Verlust der politischen Lobbyarbeit in den USA. Dies ist aber eher unwahrscheinlich. Die Regierung hat sich Ende 1997 eine Bedenkzeit ausbedungen. Sie bemüht sich um einen Kompromiß. In dem Streit geht es nicht nur um die Konversion, sondern auch um Eherecht, Riten, die Rolle der Frau sowie das Recht, an der Klagemauer zu beten.

Alle Gruppen wollen die Spaltung des Volkes vermeiden. Am 23. Januar 1998 schlug Finanzminister Yaakov Neeman vor, ein zentrales Institut für religiöse Konvertierungen aller drei Strömungen des Judentums zu gründen. Sein Plan sah weiter vor, daß Konversionswillige bei einem Rabbiner ihrer Wahl studieren können, aber unter Aufsicht eines orthodoxen Rabbiners konvertieren müssen. Die endgültige Anerkennung als Jude bliebe dem orthodoxen Rabbinat vorbehalten. Hochzeiten sollen dagegen auch von nicht-orthodoxen Rabbinern durchgeführt werden können, allerdings in Anwesenheit von zwei Zeugen des Oberrabbinats. Dies entspricht nicht den Vorstellungen der liberalen und konservativen Juden, doch auf diese Weise könnte ihnen erstmals der Einstieg in das institutionelle, religiöse Leben des Landes gelingen.

Die reformierten Rabbiner haben den Plan nicht unterzeichnet. Auch die Orthodoxen lehnen diesen Kompromiß ab. Sie verweigern ein Treffen mit den reformierten Kollegen, weil sie diese nicht anerkennen. Was die Orthodoxen von ihren nichtorthodoxen Kollegen halten, machte der Rabbiner David Yossef in »The Guardian weekly« vom 2. November 1997 deutlich: »Die Refom- und die konservative Bewegung haben eine andere Religion geschaffen, die mit dem Judentum nichts gemein hat. Wenn sie zum Judentum zurückkehren, müssen sie die von ihnen geschaffene bizarre Religion aufgeben.« Andere Orthodoxe nennen die Reformrabbiner »Terroristen«, ihr Reformjudentum sei eine »verächtliche Farce«.

Im Januar 1998 tagte eine Kommission unter dem Generalsekretär der Jewish Agency, Avraham Burg. Sie erörterte die Frage, wie die Religion von Konvertiten in die israelische Identitätskarte eingetragen werden solle. Burg schlug vor, in dem Dokument den Buchstaben »J« und das Jahr der Geburt oder der Konversion einzutragen. Die Art des Übertritts – orthodox, konservativ oder reformiert – soll nur berufenen, religiösen Kreisen zugänglich gemacht werden. Dieser ominöse Buchstabe steht zwar für »jüdisch« oder »israelisch«, weckt aber ungute Erinnerungen. Das Prozedere würde auch dem Gleichheitsgrundsatz zuwiderlaufen.

Mitte September 1997 kam es anläßlich des Gebetes von Tisha Be'au vor der Klagemauer zu Auseinandersetzungen zwischen Orthodoxen und Konservativen. Auf Geheiß des Religionsministeriums wurden unter Einsatz von Gewalt konservative Juden von dem Platz vor der Klagemauer und aus der Jerusalemer Altstadt vertrieben. Dies war das erste Mal, daß die Regierung konservative Gebete vor der Klagemauer verbot. Das Gebet, bei dem Männer und Frauen nicht getrennt waren, fand außerdem vor dem eigentlich für die Gebete reservierten Bereich statt. Dort flanieren auch leicht bekleidete Touristen, die die Orthodoxen nicht stören, wenn sie sich im direkten Gebetsdistrikt aufhalten. Das Ministerium wird von einem Orthodoxen geleitet.

Durch die Zunahme der religiösen Juden, der arabischen Bevölkerung und der ausländischen Arbeiter reagiert die israelische säkulare Elite des Landes immer neurotischer. Ihre Befürchtungen sind nicht ganz unbegründet, da die durchschnittliche Geburtenrate in Israel bei 2,9, die der Orthodoxen jedoch bei 5,9 liegt. Berücksichtigt man aber die anderen Aspekte des täglichen Lebens, zeigt sich, daß die israelische Gesellschaft noch nie so säkular war wie augenblicklich. So scheint es, als ob es sich primär um eine Identitätskrise der säkularen Israelis handelt, in die sie durch den Mord an Yitzhak Rabin gestürzt worden sind.

Obwohl die israelische Gesellschaft nach wie vor säkular ist, vollzieht sich doch ein schleichender Umorientierungsprozeß. Nach einer Umfrage der Zeitung »Yediot Aharonot« vom 15. Oktober 1997 haben 17 Prozent der Israelis in den letzten sechs Jahren eine enge Beziehung zur Religion aufgebaut. So sind 13 000 nichtreligiöse Juden zu Haredim geworden. 24 000 zu praktizierenden Gläubigen und 130 000 zu Traditionalisten. Gleichzeitig sind 175 000 Traditionalisten praktizierende Gläubige geworden und

24 000 praktizierende Gläubige zu Haredim. Der gleichen Umfrage zufolge bekennen 44 Prozent, daß sie der Religion näherstünden als ihre Eltern, in 33 Prozent der Fälle sei die Beziehung gleich, und nur 22 Prozent waren weniger religiös als ihre Eltern.

Im Streit zwischen religiösen und säkularen Israelis geht es nach Israel Shahak in erster Linie um die Haltung gegenüber den Nichtjuden. »Die wirkliche Frage ist, ob die israelischen Juden weiterhin eine Haltung von Haß, Verachtung und dem Wunsch nach Trennung von allen Nichtjuden pflegen sollten, die für die jüdische Haltung (mit wenigen Ausnahmen) gegenüber Nichtjuden charakteristisch war in der Zeit von 400 v. Chr. bis ins 19. Jahrhundert und für orthodoxe Juden bis heute gilt.«[20] Diese These Shahaks wird in »Ha'aretz« vom 15. August 1997 von dem Rabbiner Tzvi Elimelekh Halberstam bestätigt, der der Arbeitspartei nahesteht: »Die Gefahr, die von den Reformjuden für Israel ausgeht, ist größer als jede andere für das Land, weil sie nicht nur eine materielle, sondern eine spirituelle Gefahr ist. Die Nichtjuden, die von der reformierten Bewegung zum Judentum konvertieren, und die Israel als Juden betrachtet, behalten aber eine nichtjüdische Mentalität. Als solche fahren sie fort, Juden zu hassen, da die Nichtjuden immer Juden hassen. Aus diesem Grund bilden diese Juden eine fünfte Kolonne und deshalb muß man die Reformjuden in Tel Aviv und Netanya mehr fürchten als die Araber in Ramallah.«

Der Vorwurf des zu wenigen Hassens klingt für westliche Ohren geradezu unglaublich. Die Haß-Komponte in der israelischen Gesellschaft bestätigte auch Moshe Zuckermann in einem Interview mit dem Verfasser. Er berichtete von den Schülern, die nach Auschwitz fahren und den Holocaust nicht mehr mit Deutschland in Verbindung bringen und deshalb die Polen hassen, weil sie ja jemanden hassen müssen. Eine junge israelische Journalistin erklärte unumwunden, sie hasse Deutsche aufgrund ihres Deutschseins. Auch gegen die Palästinenser richtet sich dieser Haß. Statt zu differenzieren, konstruiert man zum Teil den universellen Amalek (Erzfeind). In diesem Fall erscheint dann Saddam Hussein als der »neue Hitler« oder der »neue Pharao«. Wichtiger sei jedoch, daß es zu einer Abkehr vom Haß kommt. Wenn Emotionen im Spiel sein sollten, müsse man sie im emanzipatorischen Sinne gebrauchen. Konkret könne dies so aussehen, daß man den Holocaust in dem Sinne verstehe: Nie wieder Opfer.[21]

2. Ashkenasim versus Sepahardim/Mizrahim

Die Auseinandersetzung zwischen der ashkenasischen und der sephardischen Juden sowie über das Definitionsmonopol der orthodoxen Juden legt die These nahe, daß es im Prinzip einen Gegensatz zwischen Judentum (Religion) und Nation (Israel) gibt. Die Lebenswelten dieser beiden auf unterschiedlichen kulturellen Fundamenten beruhenden Strömungen des Judentums sind grundverschieden; die Juden aus verschiedenen Herkunftsländern können nur zu einer Nation werden, wenn sie im »Israelismus« assimiliert werden. Hat der »ethnozentrische Zionismus« überhaupt noch etwas mit »Israelismus« zu tun, der das Produkt des säkularen Zionismus ist?

Die von Beginn an vorherrschenden Gegensätze im Zionismus sind bis heute erhalten geblieben. Die ashkenasische Hegemonie in den Bereichen Politik, Militär, Wirtschaft und Kultur wurde durch die demographischen Verschiebungen zugunsten der Sephardim nicht aufgehoben. Dabei mag der Impetus des westlichen Fortschrittsanspruchs gegenüber den »rückständigen« Orientalen eine Rolle gespielt haben.

Der ursprüngliche Zionismus hat sich immer als eine Emanzipationsbewegung für alle Juden verstanden. Die Bewegung hat keine Mühen gescheut, um die Begriffe »jüdisch« und »zionistisch« synonym zu verwenden. Praktisch war der Zionismus zunächst für eine kleine europäische Minderheit der Juden eine Art »Befreiungsbewegung«. Als sich herausstellte, daß europäische Juden nicht unbegrenzt als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wurden Sephardim aus den arabischen Staaten »nach Hause« gebracht. Wie Tom Segev nachweist, gab es innerhalb der zionistischen Elite Israels heftige Widerstände gegen eine solche Politik. Eine Erste-Welt-Elite schuf eine Nation in der Nation mit einem Dritte-Welt-Volk, den Sephardim. Hinter einer Fassade von rhetorischem Egalitarismus wurden die Sephardim benachteiligt und nur aufgrund der Tatsache, daß sie Juden sind, etwas besser als die Palästinenser behandelt. Aus dieser latenten Diskriminierung resultiert die weitverbreitete Abneigung innerhalb der sephardischen Bevölkerung Israels gegenüber den Ashkenasim.

In ihrer großen Mehrheit unterstützen die Sephardim rechte und religiöse Parteien. Allgemein hin gelten sie in Israel als traditionell, emotional, nationalistisch, intolerant, extremistisch und als Araber-

Hasser sowie kompromißlos in den Fragen, die mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu tun haben. Da die Medien speziell ihre Kommentare zu Anschlägen senden, erscheinen sie als extrem. Ashkenasim werden dagegen als rational, pragmatisch, kompromißbereit, als Unterstützer der Linken sowie als Friedensfreunde dargestellt.

Die üblichen ashkenasischen Interpretationen dieser Stereotypen sind:

- Die Sephardim sind stärker antiarabisch eingestellt, weil sie in ihren Ursprungsländern verfolgt wurden. In Israel dagegen erhalten sie die Möglichkeit der Vergeltung. Ihr geringer Bildungsstand und ihr religiöser Traditionalismus tragen zur Irrationalität und Intoleranz bei. Um sich von ihrem Arabertum zu befreien, müssen die Sephardim stärker antiarabisch eingestellt sein.
- Sephardim profitieren von der Besetzung stärker als die Ashkenasim, weil die palästinensischen Arbeiter sie bei der Ausübung der schlechtesten Arbeit ersetzten. Die Unterdrückung der Palästinenser ist deshalb in ihrem Interesse.
- Der Haß der Sephardim auf die Palästinenser resultiert aus den Friktionen, die durch den Wettbewerb um einen begrenzten Arbeitsmarkt entstehen.

  Die gegensätzlichen Erklärungen einiger sephardischer Intellektueller lassen sich unter dem Motto: »Die Ashkenasim als Hindernis zum Frieden« zusammenfassen.
- Die Ashkenasim haben den Konflikt mit den Araber ausgelöst, als sie eine zionistische Bewegung gründeten, die sich als separatistisch und ethnozentrisch verstand. Sie führten sich im Land wie europäische Kolonialisten auf und schufen einen eigenen Staat – separat von den Arabern. Bis heute verachten sie die Araber und ihre Kultur und lehnen eine Integration ab. Es wird so lange keinen Frieden geben, bis die Ashkenasim ihre Haltung gegenüber den Arabern geändert, sich ihrer Kultur geöffnet, sich als Teil der Region verstehen sowie ihren Eurozentrismus aufgegeben haben.
- Die Ashkenasim sehen die Sephardim als eine Art Araber an und lehnen sie deshalb ab. Die Sephardim ihrerseits fühlen sich dadurch verletzt und unterstellen den Ashkenasim, daß ihre Friedensabsichten unehrlich seien. Auch seien sie nicht an einer Nivellierung der Klassenunterschiede interessiert. Somit können die Sephardim sie nicht als Verbündete im Kampf um Frieden betrachten.

Diese gegenseitigen Stigmatisierungen enthalten jedoch einen Kern von Wahrheit, und sie machen bewußt, wie komplex die gegenseitigen Beziehungen sind. Eine Gesellschaft, in der die Ashkenasim alle Bereiche dominieren, wird die Ansichten der Sephardim nur bedingt bestätigen. Es gibt zwar keine eindeutigen Umfragen darüber, doch rechnet man zu den 20 Prozent Groß-Israel-Ideologen in der Gesellschaft mehrheitlich Sephardim. Sie stehen in der Tradition von Jabotinsky, Kook und Yitzhak Tabenkin und bilden die soziale Basis der politischen Rechten in Israel. In den fünfziger und sechziger Jahren wählten die Sephardim eher links. In den siebziger Jahren wandten sie sich jedoch nach rechts, weil sie von dem Establishment der Arbeitspartei enttäuscht wurden. Vom Likud erhofften sie sich eine Verbesserung ihres Lebensstandards und eine Anerkennung ihrer Kultur und Tradition. Sami Smooha interpretiert die Wahlentscheidung für die Rechte als ein Ausdruck der Hoffnung auf soziale Mobilität und weniger als eine Bestätigung für die Befürworter der Groß-Israel-Ideologie.[22]

In den extremistisch-rassistischen Gruppierungen wie dem »Gush«, Kach, Kahane-Chai, Zu Arzeno oder den säkularen Rechtsparteien Tsomet und Moledet sowie der religiös-nationalistischen Mafdal und dem rechten Flügel des Likud geben die Ashkenasim den Ton an. Auch stellen sie die Mehrzahl der Mitglieder. Bei den wüsten Anti-Rabin-Demonstrationen überwogen die Ashkenasim ebenso wie beim jüdisch-terroristischen Untergrund, der einen planmäßigen Terror gegen Araber betrieb. Deshalb sehen sie die Sephardim insgeheim als eine Bedrohung von Israels europäischen Kultur an.

Dementsprechend verliefen auch die verschiedenen Versuche der Integration. Die Integration oder erste Befreiung begann mit David Ben Gurions Idee, »einen Jemenitischen Generalstabschef« als ein Ausruck von Gleichheit zwischen beiden Bevölkerungsgruppen einzuführen. Diese Gleichheit wurde durch eine Reihe von Maßnahmen vorgetäuscht, die wie der sephardische Sitz im Obersten Gericht kaum mehr als symbolischen Wert haben.

Zwischen der sogenannten ersten und zweiten Befreiung der Sephardim entwickelten sie eine eigenständige Protestbewegung. Anfang der siebziger Jahre begehrten hauptsächlich nordafrikanische Juden gegen die Ausgrenzung in den Gemeinden auf und forderten eine gerechtere Verteilung der ökonomischen Ressourcen. Sie orientierten sich am Protest der Afro-Amerikaner in den USA. Es entstand quasi eine Art »Black-Panther-Bewegung«, die jedoch die israelische Linke nicht beeinflussen konnte, obwohl es ihre Klientel gewesen wäre. Der Rechten dagegen gelang es durch geschickte Manipulation, sich dieses Protestpotentials zu bedienen, was schließlich zum Wahlsieg von Menachem Begin führte. Diese sephardische Protestbewegung richtete sich nur nach innen und wurde somit vom Ausland auch nicht wahrgenommen.

Seit der Einwanderung konnten die Sephardim keine Beziehung zu einem westlich orientierten jüdische Nationalismus entwickeln. Sie stellten immer häufiger die europäische Definition des Zionismus in Frage und bedienten sich eher religiöser Interpretationmuster. Vollends setzte sich diese alternative Interpretation des Judentums mit der Machtübernahme Begins durch. Die Sephardim wandten sich vom Zionismus der Arbeitspartei ab und der revisionistischen Form zu. Beide, die Sephardim und Begins revisionistische Linie, sahen sich als Opfer der Arbeitspartei. Mit der Abwahl der Arbeitspartei begann die zweite Befreiung in der Geschichte der Sephardim. Sie wurden zur neuen Machtbasis des Likud. Obwohl die Partei unter Begin mit den Sephardim eigentlich keine kulturellen und sozialen Gemeinsamkeiten hatte, bot sie sich als deren natürliche Heimat dar. Mit Slogans wie »30 Jahre« spielte man auf die Regierungszeit der Arbeitspartei an, die für die Sephardim eine Zeit der Erniedrigung und Unterdrückung war, und suggerierte, daß die Sephardim nach der Rückkehr nach 2 000 Jahren gleich zweimal vom Glück heimgesucht worden seien.

Wie geschickt der Likud unter Begin die sephardische Karte spielte, zeigt ein Zwischenfall in der Stadt Beit-Shemesh, als während eines Wahlkampfauftritts Shimon Peres mit verfaulten Tomaten begrüßt wurde. Später stellte sich heraus, daß die Leute vom Likud gekauft worden waren. Auf einer Wahlveranstaltung in Tel Aviv schlüpfte Begin auf der Bühne selbst in die Rolle eines Sephardim, was einen tiefen Eindruck hinterließ. Die Verbindung zwischen diesen im Grunde antagonistischen Klassen konnte nur so lange halten, weil sich auf eine eigentümliche Weise Religion und Nationalismus verbanden. In dieser Zeit bildete sich eine junge Generation von sephardischen Politikern heraus. Zu ihnen gehörten Meir Shitrit, Moshe Katsav, David Magan und David Levy. Letztere wurde von der Arbeitspartei in seinem Dorf Beit-Shean (arabisch Bisan) abgewiesen und wandte sich an den Likud. Nach Tom Segev universalisierte Begin den Holocaust: er ließ jeden zum Opfer werden, auch die Sephardim durften daran teilhaben.[23] Der Likud vermit-

telte den Eindruck, als sei die Kluft zwischen beiden Bevölkerungsgruppen überwunden.

Mitte der achtziger Jahre erfuhren die Sephardim erneut eine Wende in ihrer Geschichte, und zwar mit der Gründung der Shas-Partei. Eine Gruppe von Sephardim, die in den ultraorthodoxen Rabbinerseminaren der Ashkenasim studiert hatten, gründete sie mit dem Argument, daß alle Sephardim in ihrer Heimat religiös gewesen seien, aber in Israel von der Religion abgefallen wären. Sie stellten die eigenen Erfahrungen in Israel als eine »spirituelle Ausrottung« (Shmad) dar. Diesen Vorwurf richteten sie aber nicht gegen die israelische Gesellschaft im allgemeinen, sondern gegen bestimmte Institutionen wie die Kibbutzim. Shas orientierte sich primär auf die städtischen Armen. Die Partei erklärte die schlechte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der Sephardim mit dem Abfall Israels von seiner religiösen Tradition. Sie schuf ein gut funktionierendes System sozialer und finanzieller Unterstützung für arme Familien. Shas gelang es tatsächlich, die religiöse Lebensweise neu zu begründen.

Für die herrschende Klasse der Ashkenasim waren die Sephardim nur Objekte der Politik. Demzufolge kommen sie in der Historiographie nur in Fußnoten oder in marginalisierter Form vor. So werden die Masseneinwanderung der Jahre 1948–1951 und die Massenvertreibung der Palästinenser in Folge des Krieges von 1948 als Völkerwanderung dargestellt. »Die Auswanderung von Arabern, die das Land verließen, und die Einwanderung von Juden, die Aliya nach Israel aus arabischen Staaten unternahmen, war vergleichbar mit einem Austausch von Bevölkerungen. Ungefähr 650 000 Araber verließen das Land und zirka 750 000 Juden aus arabischen Staaten wanderten ins Land ein.«[24]

Dieses dunkelste Kapitel in der zionistisch-ashkenasischen Geschichtsschreibung mutiert hier zu einem Hin und Her von Bevölkerungsgruppen. Die Einwanderungen der fünfziger Jahre seien fast alle Rettungsaktionen gewesen, wird behauptet. Damit wird eine Verbindung zum Schicksal der Überlebenden des Holocausts und dem der Juden in den arabischen Ländern gezogen und unterstellt, daß die Ashkenasim die Juden der arabischen Länder gerettet hätten. Die Sephardim fühlen sich in Israel »rassisch« diskriminiert. Sie verweisen immer wieder auf den laufenden Korruptionsprozeß gegen ihren Parteichef Arie Deri. Alle Ashkenasim wurden freigesprochen, nur Deri wurde angeklagt. Des weiteren verweisen

jemenitische Einwanderer, denen man vor 50 Jahren ihre Kinder mit der Begründung weggenommen habe, sie seien krank, aber sie dann zur Adoption an ashkenasische Holocaust-Überlebende freigegeben habe, auf rassistische Motive. Diese Beispiele zeigen, daß eine adäquate Aufarbeitung noch bevorsteht. Die »neuen Historiker« haben sich der Sephardim bisher auch nicht angenommen. Ihnen geht es primär um die Entzauberung der Geschichtslegenden des Zionismus.

3. Von Zionismus zum »Postzionismus« oder ethnozentrischen Zionismus

In Israel ist eine intensive Debatte um den ursprünglichen, d. h. säkularen Zionismus entbrannt. Moshe Zimmermann vertritt die These, daß mit der Ermordung Yitzhak Rabins auch der ursprüngliche Zionismus zu Grabe getragen worden sei. Dieses Attentat sei die Folge der Vereinnahmung der zionistischen Ideologie durch die ethnozentrische, orthodox-religiöse Variante des Judentums. Somit sei der ursprüngliche Zionismus delegitimiert worden.[25] Der säkulare Zionismus wurde seit Beginn der Kolonisierung Palästinas von den Vertretern des religiösen Zionismus bekämpft. Für sie konnte es nur eine »Wiedergeburt des jüdischen Volkes« im Zeichen der Thora geben. Dieses Ziel scheinen sie mit dem Wahlsieg Netanyahus fast erreicht zu haben. Damit wurden tatsächlich die ursprünglichen Intentionen des säkularen Zionismus ins Gegenteil verkehrt.

Seit den achtziger Jahren werden die Geschichtsdeutungen des ursprünglichen Zionismus, die sich am »nationalen Interesse« und der »herrschenden Klasse« orientierten, von den »neuen Historikern« hinterfragt. Dieser Historikerstreit wurde durch die Veröffentlichung neuer Dokumente und die Anwendung neuerer Forschungsansätze ausgelöst. Die »neuen Historiker« werden auch als »Postzionisten« bezeichnet. Zimmermann hält den Begriff für unpassend zur Bezeichnung der dem linken Akademikerspektrum angehörenden Wissenschaftler, seiner Meinung nach gebührt er eher den Verfechtern der neuen religiösen Form des Zionismus. Die »neuen Historiker« sollten sich eher »radikale« oder »ursprüngliche Zionisten« nennen. Der Wissenschaftler Uri Ram, der den Begriff »Postzionist« erfand, um die »neuen Historiker« besser von

den »neuen Soziologen« unterscheiden zu können, teilt indirekt die Sichtweise Zimmermanns. Er identifiziert den »Postzionismus« mit dem Ende einer Epoche der Kolonisierung, der Besiedelung und dem Aufbau Israels, wie er in »Ha'aretz« vom 24. Juni 1994 erklärt hat. Ram und Zimmermann gehen von einem Ende eines monolithischen Bewußtseins aus. Die Ansichten der »neuen Historiker« haben zu einer Gegenoffensive der etablierten Geschichtswissenschaft geführt. Sie wirft ihnen vor, »antinational« und »antizionistisch« zu sein, letzteres ist gleichbedeutend mit staatsfeindlich. Die »Postzionisten« haben sich zum Ziel gesetzt, die Schattenseiten des Zionismus zu beleuchten. Ilan Pappe schlägt vor, sie als »Revisionisten« – analog zur revisionistischen Schule in der amerikanischen Geschichtswissenschaft während des Kalten Krieges – zu bezeichnen.[26] Dann wäre die Konfusion um die Bezeichnung dieser neuen Sichtweise israelischer Geschichte beendet. Für Pappe speist sich der »Postzionismus« aus antizionistischen Beweggründen und einer postmodernen Wahrnehmung der Realität.

Warum stellen die »Postzionisten« die Geschichte der letzten hundert Jahre in Frage, die für den Zionismus sehr erfolgreich verlief? Nach Meinung von Israel Shahak, einem Antizionisten, hätte der Zionismus auch dann kritisiert werden müssen, »wenn ein jüdischer Staat auf einer verlassenen Insel gegründet worden wäre, ohne jemanden zu verletzen. Der Grund dafür ist, daß ein Staat, der auf der Idee der Reinheit der Religion, der Rasse, der Nationalität beruht, kritisiert werden sollte … Der Grund für meine Kritik ist sehr einfach. Ich glaube, daß der Zionismus eine Form des Rassismus ist. Ich habe seit Jahren gesagt, daß er das Spiegelbild des Antisemitismus ist. Wie man Antisemitismus als Ausdruck des Hasses gegenüber Juden findet, so ist der Zionismus eine Ausdruck des Hasses gegenüber allen Nichtjuden (Gojim); nicht nur gegenüber Arabern, sondern auch gegen alle Gojim.«[27] Geht es den »neuen Historikern« oder den sogenannten »Postzionisten« auch primär um die Kritik des rassistischen Aspektes des Zionismus, oder geht ihre Kritik tiefer?

Die »neuen Historiker« behaupten, die Vergangenheit sei aus Gründen der nationalen Mobilisierung der Bevölkerung bewußt einseitig interpretiert. Für sie hat der Zionismus mit der Gründung des Staates Israel seine Aufgabe erfüllt. Er sei auch in der Aufbauphase nützlich gewesen, nunmehr aber überflüssig. Israel müsse ein normaler Nationalstaat, die Verbindungen zu den Juden in der Diaspora müssen gelockert und die Aufnahme von Immigranten gestoppt werden. Die Siedlungen und das Konzept der »Erlösung des Landes« seien ein Anachronismus. Diese Thesen stellen den Wahrheitsgehalt der offiziellen Geschichtsschreibung in Frage. Dabei geht es besonders um folgende Aspekte:

- die Unvermeidbarkeit der Kriege, die Israel führte oder führen mußte;
- die Gerechtigkeit der Kriege und die Frage nach dem palästinensischen Flüchtlingsproblems;
- die sogenannte »ashkenasische Lüge«, die kulturelle Hegemonie und Herrschaft der Ashkenasim über die Sephardim;
- die Beziehung zwischen Zionismus und Imperialismus, ohne die die israelische Geschichte nicht adäquat verstanden werden kann;
- dem Anspruch des Zionismus als einziger Antwort auf die Judenfrage;
- der Staat Israel als Antwort auf den Holocaust.

Alle diese Bereiche sind von zentraler Bedeutung, weil sie das Selbstverständnis der Israelis betreffen. In letzter Konsequenz stellen die »Postzionisten« die alte Werteordnung in Frage, was natürlich Folgen für die Legitimität des Staates hat. Sie werfen den etablierten Kollegen vor, den Holocaust als »Geheimwaffe« gegen jegliche Kritik am Zionismus einzusetzen. Ihren wissenschaftlichen Ansatz lehnen sie ab, weil dieser Elemente des Positivismus mit Ideologie verbindet. Diese Forschungen seien »elitär« und eine Mixtur aus Ideologie, Ethnozentrismus und empirischer Buchhaltung, dadurch seien die nationalen Mythen und die israelische Selbstwahrnehmung geprägt worden.[28]

Die Legende von der Flucht der Palästinenser 1948, die Kriegsziele von damals, das Verhalten der israelischen Soldaten in den verschiedenen Kriegen und die These von der Bereitschaft der Araber zum Frieden stehen als Dauerthemen im Zentrum der Debatten.

Die »neuen Historiker« zweifeln die Aussage der offiziellen Geschichtsschreibung an, daß die jüdische Gemeinschaft am Vorabend des Krieges von 1948 vor der Auslöschung stand. Der Verklärung des Krieges von 1948 stellt Ilan Pappe folgende drei Aspekte entgegen: Der Yishuv sei aufgrund des militärischen Kräfteverhältnisses nie der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt gewesen, das Abkommen zwischen der Jewish Agency und dem Haschemiti-

schen Königreich habe die Bedrohung durch die arabischen Armeen entschärft, und die Großmächte hätten die Gründung Israels unterstützt. »Allgemein ausgedrückt, waren die Zionisten dadurch erfolgreich, daß sie große Teile der öffentlichen Meinung von der Verbindung zwischen dem zionistischen Unternehmen und dem Holocaust überzeugen konnten.«[29] Hätte er abgesehen, daß der Preis für den Zionismus die Entwurzelung eines anderen Volkes sei, hätte er auf den Staat verzichtet, so Ilan Pappe am 27. August 1993 in »Yediot Aharonot«. Nach dieser Auffassung sind nicht mehr die Palästinenser Schuld an ihrer Lage, vielmehr haben die Israelis dieses Schicksal über sie gebracht. Israel gilt als Täter und nicht mehr als Opfer. Da über die Existenz Israels nicht mehr diskutiert werden kann, solle der Staat wenigstens zum »Staat aller seiner Bürger« werden und die Diskriminierung der Palästinenser beenden.

Gegen diese Sichtweise der »neuen Historiker« erhebt Natan Sznaider in der »taz« vom 22. August 1997 gravierende Einwände. Er hält den »Postzionismus« für ein intellektuelles Gespenst und wirft den Vertretern dieser Richtung vor, keine Juden mehr sein zu wollen, sondern nur noch Israelis, »Staatsbürger ohne Ethnos«. Universal wolle man sein und auf der Seite des »vermeintlichen Opfers« stehen. Israel solle ein westlicher, liberaler Staat sein, ohne Juden, sondern nur noch mit »guten Israelis«; die israelische Nationalidentität beruhe auf dem Territorialprinzip. »Das heißt Gleichheit vor dem Gesetz für alle Staatsbürger innerhalb des Staates Israel, ohne auf ethnische, religiöse oder andere Identitätskriterien Rücksicht zu nehmen: Verfassungspatriotismus israelischer Art.« Diese Kritik an der Intention der »neuen Historiker« provoziert die Frage, ob Sznaider die andauernde Diskriminierung der palästinensischen Israelis rechtfertigt und für gutheißt, die ja auf dem Ethnozentrismus des Zionismus und seinen Definitionen im Rückkehrgesetz beruht. Die gesamte spätere Gesetzgebung bezieht sich direkt oder indirekt auf das Rückkehrgesetz, das die Grundlage für die rechtliche Ungleichbehandlung der nichtjüdischen Israelis abgibt.[30]

Im Gegensatz zu Sznaider bewertet der französische Journalist Dominique Vidal in »Le Monde diplomatique« vom 12. Dezember 1997 die Leistungen der »neuen Historiker« positiv und hebt ihren Mut hervor. »Denn ihr Bemühen, die Wahrheit ans Licht zu bringen, betrifft keine x-beliebige Episode der Geschichte, sondern die israelische Erbsünde schlechthin. Soll das Recht der Überlebenden des Hitlerschen Völkermordes, in einem sicheren Staat zu leben,

das Recht der Töchter und der Söhne Palästinas ausschließen, ebenfalls in Frieden in ihrem Staat zu leben? Fünfzig Jahre danach ist es Zeit, endlich mit dieser kriegerischen Logik zu brechen und den Völkern ein Leben im Miteinander zu ermöglichen, ohne weiter schamhaft zu verschweigen, wie die Ursprünge der Tragödie ausgesehen haben.«

»Die Originalität der Postzionisten liegt nicht in der Neuartigkeit dieser Ideen, die allesamt dem westlichen politischen Gedankengut entstammen. Vielmehr wird hier zum ersten Mal umfassend durchdacht, was für Konsequenzen die Anwendung des viel umstrittenen Begriffs der ›Normalität‹ auf Israel mit sich bringen wird.«[31] Der Status Israels wurde immer mit der »Auserwähltheit durch Gott«, mit dem latenten Antisemitismus, dem Holocaust sowie dem »Belagerungszustand« begründet. Da der Antisemitismus von Europa in den Nahen Osten transferiert wurde, ist das Leben der jüdischen Bevölkerung auf der ganzen Welt durch die Existenz Israels nicht sicherer, sondern gefährdeter als zuvor, so Moshe Zimmermann. Um sich einer kritischen Selbstreflexion zu entziehen, deklarierten die Vertreter des Status quo die zionistischen »Werte und Visionen« als weiterhin aktuell, anstatt den israelischen Partikularismus und die Exklusivität in einer gewandelten Umgebung zu analysieren, überzeugend darzulegen und zu begründen. Da einige Faktoren nicht mehr vorhanden oder durch die Geschichte im kollektiven Gedächtnis unscharf geworden sind, dürfte ein solcher Erklärungsversuch nicht einfach sein.

Neben den »neuen Historikern« spielen die »neuen Soziologen« bei der Kritik der zionistischen Weltanschauung eine zentrale Rolle. Deren Kritik setzte mit dem Yom-Kippur-Krieg 1973 ein, als sich erste Risse in der Fassade von israelischer Selbstzufriedenheit und moralischer Spießigkeit zeigten. Proteste der Juden aus Afrika verwiesen damals auf Widersprüche zwischen der multikulturellen Zusammensetzung der israelischen Gesellschaft und der »Melting-Pot-Ideologie«. Die Auffassungen der »neuen Soziologen« waren wesentlich heterogener als die der Historiker. Ihr wichtigster Beitrag zur Perzeption der israelischen Gesellschaft war die Neuinterpretation des Zionismus als kolonialistische Bewegung.

Durch die »Postzionisten« wurden noch zwei weitere Mythen entzaubert: die israelische Armee könne niemals Feindseligkeiten provozieren, und Sicherheit gehe über alles. Die Wissenschaftler wiesen die Erklärung der Regierung zurück, daß Sicherheitsüber-

legungen für die Marginalisierung der Sephardim oder für die schlechte Behandlung der israelischen Palästinenser verantwortlich seien. Sie bezeichneten die Politik der Regierung als »rassistisch« und »nationalistisch«. Dies begründeten sie mit der Vertreibung der Palästinenser durch die israelische Armee.

Der Versuch jedoch, die Essenz des Zionismus in Frage zu stellen, wurde in Israel denunziert als ein Unterfangen von »sich selbst hassenden Juden« im »Dienste des Feindes«. Diese Angriffe kamen nicht von der Rechten, sondern von der zionistischen Linken. Sie akzeptiert zwar eine Kritik an der israelischen Politik nach 1967, blockt aber jedes Hinterfragen der Politik in der Zeit von 1882 bis 1967 ab. Die zionistische Linke setzt sich vornehmlich mit den Auswirkungen der Besatzungspolitik auf die eigene Moral auseinander, wie sich die Okkupation auf die Palästinenser auswirkt, interessiert sie nicht. Ihr Wunsch nach Frieden mit den Palästinensern entstammt eher einem Verlangen nach endgültiger Trennung als der Einstellung, historisches Unrecht einzugestehen oder eine unmoralische Verhaltensweise zu beenden. Die »Postzionisten« oder »Anti-Zionisten« identifizieren sich dagegen stärker mit den Palästinensern als den Opfern der Besatzungspolitik als mit den moralischen Problemen der israelischen Soldaten. Sie treten für einen säkularen »Staat aller seiner Bürger« ein, wohingegen die zionistische Linke (Frieden Jetzt, Meretz-Partei) für einen »jüdischen Staat« plädiert. In der israelischen Presse werden die postzionistischen Positionen nur hin und wieder veröffentlicht. Sie ist nach wie vor zionistisch orientiert.[32]

Letztendlich haben die »Postzionisten« bewirkt, daß die Israelis die Frage nach dem Selbstverständnis des Staates neu diskutieren. Welches soll in Zukunft der Fokus sein: das »Diasporajudentum« oder das »jüdische Israel«? Viele Intellektuelle lösen diese Spannung dadurch auf, daß sie Judentum mit Israelitum gleichsetzen. Seit seiner Gründung hatte Israel eine besondere Beziehung zum Diasporajudentum. Nachdem sich die Sicherheitslage entspannt hat, die Wirtschaft floriert und eine gewisse kulturelle Entfremdung zwischen den Israelis und den Diasporajuden spürbar ist, fragen sich mehr und mehr israelische Juden, was sie überhaupt noch mit den Juden anderer Länder verbindet. Die beginnende Debatte, die auch das Rückkehrrecht einschließt, offenbart die schleichende Entfremdung zwischen israelischen Juden und dem Diasporajudentum. Eine Aufhebung des Rückkehrrechts scheint unwahrscheinlich, da zwischen allen Lagern unstrittig ist, daß jedem verfolgten Juden die Tore des Landes offen stehen müssen. Die automatische Verleihung der Staatsbürgerschaft ruft jedoch ein gewisses Unbehagen hervor. Sie müsse man sich erst verdienen. So schreibt der Chefredakteur der Zeitung »Ha'aretz«, Chanoch Marmari, in »The Jerusalem Report« vom 8. Februar 1996, daß die Israelis zwar jede Rettungsaktion bedrohter Juden mit großem Interesse verfolgen, ihnen aber die Juden in der Diaspora gleichgültig seien.

Die israelischen Intellektuellen schwanken zwischen der Beibehaltung des Zionismus als der den Zusammenhalt des Landes garantierenden Ideologie und der Orientierung auf eine von Abraham B. Yehoshua in »Ha'aretz« vom 29. Dezember 1995 in die Debatte eingeführten »Mittelmeeridentität«, die Spannungen zwischen Ost und West auflösen könne. Die Identitätskrisen werden so lange fortdauern, bis Israel ein normaler Nationalstaat ist und sich seinen Nachbarn gegenüber so verhält. Ob dies die Netanyahu-Regierung leisten kann, bleibt abzuwarten.

Die Inhalte des ursprünglich säkularen Zionismus sind von den Vertretern der ethnozentrischen Variante des Zionismus aufgegeben worden. Dieses postzionistische Verständnis von Geschichte wird aber als der wahre Zionismus dargestellt. Dieser ideologisch umgedeutete Zionismus läßt die Geschichte nicht erst mit 1897, sondern im Altertum beginnen. Die den Staat tragenden Kräfte streben seit 1977 eine völlige Neuinterpretation des Zionismus an und sind somit nach Moshe Zimmermann die »eigentlichen Postzionisten«. Er nennt in der »Neue Zürcher Zeitung« vom 27. August 1997, die anläßlich des 100. Jahrestages des ersten Zionistenkongresses in Basel herausgegeben wurde, fünf Grundsätze, die die »eigentlichen Postzionisten« verfolgen:

- Palästinozentrismus: »Eretz Israel« wird mit dem Zionismus gleichgesetzt. Er gibt das Fundament und den Rahmen für ein jüdisches Leben ab. Dieser Palästinozentrismus stellt die Rechte der israelischen Palästinenser und die Legitimität des Diasporajudentums in Frage.
- Romantisch-territorialer Nationalismus: Gab sich der klassische Zionismus noch mit einem Teil Palästinas zufrieden, deklarierte man nach dem Sechstagekrieg die Westbank zu heiligem Land. Nablus, Hebron, die Altstadt von Jerusalem und die anderen religiösen Stätten wurden zum wichtigsten Inhalt und zur »Essenz des Zionismus«. Die säkulare zionistische Ideologie, die sich im

Kibbutz symbolisierte, wurde durch eine religiös-romantische Beziehung zum Land Israel ersetzt.

- Aufgabe des sozialen Experiments: Die Siedlungen in Judäa und Samaria wurden zum Kontrastprogramm gegenüber dem Kibbutz aufgebaut. Auch die mit der Kibbutzbewegung einhergehende Idee vom »neuen Menschen« und der »zionistischen Gesellschaft« wurde fallengelassen. Die angestrebte »Mustergesellschaft« wurde durch die Rückkehr zu den »traditionellen Werten« ersetzt, die fortan als die »zionistischen Werte« gelten.
- Enteuropäisierung: Ursprünglich sollte im Nahen Osten ein besseres Europa in Kleinformat entstehen. Der Holocaust und die Masseneinwanderung nichteuropäischer Juden machte diese Vorstellungen zunichte. Dadurch wurde die europäische Vorgeschichte Israels relativiert; dies ist für die Gegenwart des Landes von großer Bedeutung.
- Religiosisierung des öffentlichen Lebens: Das zentrale Merkmal des ethnozentrischen Zionismus ist die Identifikation von Zionismus und jüdisch-religiöser Orthodoxie. Der Zionismus wird nicht mehr als nationale Bewegung verstanden, sondern als die ewige Sehnsucht des jüdischen Volkes nach »Eretz Israel«. Der Judenstaat wird im religiös orthodoxen Sinne interpretiert. Im Falle eines Wertekonflikts zwischen Demokratie und Judentum hat letzteres Priorität. Es gibt nur noch eine legitime Art des Judentums: die Orthodoxie. Damit ist der Weg in die Theokratie geebnet.

Während sich die »Postzionisten« noch mit der Kritik an den Gesichtslegenden des ursprünglichen Zionismus beschäftigen, errichten die »eigentlichen Postzionisten« eine neue Ideologie für Israel, die weniger tolerant sein wird als die des säkularen Zionismus. Wenn eine Demokratie keine »jüdische Mehrheit« mehr garantieren kann, scheint die Demokratie »krank«, so die Argumentation der Religiösen.

Der Charakter des Staates Israel wird sich zweifellos wandeln. Zimmermann beschreibt, wie sich die Uminterpretation der Geschichte konkret vollzieht. Der Autor zeigt dies anhand der Kontroverse zwischen dem ehemaligen Erziehungsminister Amon Rubinstein und dem Rabbiner Yoel Ben-Nun, der das Curriculum und hier das Geschichtsverständnis fundamental angreift.[33] Ben-Nun stellt das bisherige Geschichtsverständnis völlig auf den Kopf. So sei der Zionismus nicht erst hundert Jahre alt, sondern zweitausend Jahre.

Die »Zionssehnsucht« sei eben Zionismus gewesen. Der Herzlsche Zionismus war somit ein Intermezzo. Gemeinsamer Gegner der Verteidiger des ursprünglichen Zionismus und der ethnozentrischen Variante des Zionismus sind die »Postzionisten«. Die säkularen Zionisten wie Rubinstein sollten sich nicht in diese »unheilige Allianz« mit den Gegner des Säkularismus begeben. Ihre natürlichen Verbündeten sind die »neuen Historiker«, die zu Recht einige Geschichtsmythen des ursprünglichen Zionismus in Frage stellen.

Ein Ministerpräsident, der sich mit Rabbinern wie Eliahu Chaduri trifft und bei dieser Gelegenheit der Linken in Israel vorwirft, sie wisse nicht, was jüdisch sein bedeute, zeigt die Richtung an, in die sich das Land entwickeln wird. Erste Signale des Zurückdrängens des liberalen Judentums gibt es auch schon in Tel Aviv. Im Vorort Ramat Aviv wurde ein neues Einkaufszentrum eröffnet. Der Eigentümer, der Diamantenhändler Lev Leviev, ein Orthodoxer, verlangte von den Ladenbesitzern, an Samstagen zu schließen, obwohl nach den Verträgen die Öffnung gestattet war. Trotz der Proteste von Anwohnern entschied das Gericht zugunsten Levievs.

Man könnte folgende Angelegenheiten unter Kuriosa abbuchen, wenn sie nicht symptomatisch für eine Entwicklung wäre, die in Israel unaufhaltsam scheint, und zwar ist es religiösen israelischen Soldaten verboten, bei ihren Bildungsausflügen in Jerusalem auch Moscheen und Kirchen zu besuchen. Die Knesset-Abgeordneten Moshe Gafni von der Yahadut Hatorah-Partei und Arie Deri von der Shas-Partei hatten diese Besuche moniert. Der Generalstabschef Amnon Lipkin-Shahak erließ daraufhin einen entsprechenden Befehl. Als Grund gab Lipkin-Shahak an, die Kameradschaft unter den jüdischen Soldaten wäre sonst gefährdet. Augenblicklich, so führte er aus, sei es für einen religiösen Soldaten eine Sünde, eine nichtjüdische heilige Stätte zu besuchen. (Um genau zu sein, ist der Besuch einer christlichen Stätte eine Todsünde und der Besuch einer muslimischen Stätte eine läßliche, so Israel Shahak. Akiva Eldar schließt seinen Artikel in »Ha'aretz« vom 13. März 1997 mit der leicht ironischen Feststellung: »Es ist wahrscheinlich unangenehm für sie (die religiösen Soldaten – L. W.) zu denken, während sie warten, welcher Schaden ihren Kameraden durch den christlichen und muslimischen Einfluß zugefügt werden könnte.«

Der Machtzuwachs der Orthodoxen wurde auch sichtbar, als die Bar-Ilan-Straße in Jerusalem, die die Nord- und Südviertel der Stadt miteinander verbindet, nach wochenlangen Straßenschlachten mit

der Polizei und Säkularen am Sabbat teilweise geschlossen wurde. Als der Konflikt vor das Oberste Gericht kam, sah sich dieses außerstande, eine Entscheidung zu treffen. Es empfahl die Bildung eines Ausschusses, der die Auseinandersetzungen in Jerusalem innerhalb eines gesamt-israelischen Kontextes lösen sollte. Der daraufhin gebildete »Zamaret-Ausschuß« setzte sich aus acht Mitgliedern zusammen: vier nichtreligiöse traditionelle Juden, zwei Orthodoxe und zwei Nationalreligiöse. Kein israelischer Palästinenser gehörte diesem Ausschuß an. Das Ergebnis war ein Dokument, wonach die Bar-Ilan-Straße am Sabbat und an Feiertagen für den Verkehr gesperrt sein wird, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Stadtverwaltung Verkehrsalternativen für die nichtreligiöse Bevölkerung findet. Die orthodoxen Mitglieder haben sich aus religiösen Gründen geweigert, das Dokument zu unterschreiben. Die Straße wurde geschlossen, und die Empfehlungen des Ausschusses ignoriert.

Eine weitere Bastion, die die religiösen Fundamentalisten schleifen wollen, ist die Verlegung der samstäglichen (Sabbat) Fußballspiele. Aus religiösen Gründen soll der Charakter des staatlich verordneten Ruhetages geändert werden. Moshe Zimmermann hält dies für so wesentlich, daß, wenn diese »als unantastbar geltende Bastion fällt«, sich die Debatte über das Geschichts-Curriculum erübrige.[34] Die Zeitung »Ha'aretz« berichtete, der Fußballverband sei von den drei orthodoxen Parteien gedrängt worden, die Ligaspiele künftig nicht mehr am Sabbat stattfinden zu lassen. Eine vom Fußballverband in Auftrag gegebene Studie soll nun nachweisen, daß eine Verlegung den Vereinen keine finanzielle Einbußen verursachen würde. Neben dieser Vereinbarung sollen den Vereinen finanzielle Zusagen von der Shas-Partei und Agudat Israel gemacht worden sein.

Die entscheidende Auseinandersetzung in Israel spielt sich nicht zwischen denjenigen ab, die den Palästinensern einige Quadratmeter mehr oder weniger Land überlassen wollen. Es geht um das grundsätzliche Staatsverständnis. Welches Gesetz wird das Leben Israels in Zukunft bestimmen: säkulares oder religiös-halachisches? Dies ist keine rhetorische Frage, sind doch die rassistischen Ansichten eines Meir Kahane für einen immer größeren Teil der politischen Klasse Israels akzeptabel. Kahanes Hauptanliegen war, Israel in einen theokratischen Staat zu verwandeln, in dem die Halacha als Gesetz gilt. Die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser war in seinem Projekt nur ein Nebeneffekt. Die religiösen Gruppen

in Israel haben Kahanes Botschaft nicht prinzipiell, sondern nur aus taktischen Gründen auf spezifische Weise zurückgewiesen. So haben die Orthodoxen die Prinzipien grundsätzlich akzeptiert, ihre Umsetzung sollte jedoch dem Himmel überlassen bleiben. Der Großteil der rechten Nationalisten hat die Richtigkeit der Ideen nicht abgestritten, sondern verwies auf das psychologische Klima und den unpassenden Zeitpunkt. Der »Gush« selber glaubt, daß es möglich ist, Israel in einen halachischen Gottesstaat zu verwandeln, will sich aber anderer Strategien und einer anderen Rhetorik bemächtigen.

Die Auseinandersetzung um Nation und Religion wird die Zukunft Israels bestimmen. Ob aus diesem Kampf der ethnozentrisch-religiöse Zionismus oder der säkulare als Sieger hervorgehen wird, ist noch nicht entschieden. Noch haben die Vertreter eines nach westlichen Maßstäben ausgerichteten Israel zentrale Machtpositionen inne, ob sie aber auf Dauer den Angriffen der rechten und der religiösen Nationalisten gewachsen sein werden, ist fraglich. Welche der fanatischen religiösen Parteien die Oberhand behalten wird und wie sich die jeweils unterlegenen damit abfinden werden, ist ebenfalls offen. Der säkulare Sektor der Gesellschaft wird trotz religiöser Übermacht nicht völlig verschwinden. Immerhin bezeichnen sich zwischen 60 und 70 Prozent der Israelis als nicht religiös. Die Liberalen sollten aber vor der Illusion gewarnt werden, die relative Zurückhaltung der Rechten und der religiösen Fundamentalisten nach der Ermordung Rabins als Schwäche auszulegen. Die Morddrohung einiger orthodoxer Rabbiner an den Obersten Richter Aaron Barak nach dessen Entscheidung in bezug auf die Bar-Ilan-Straße ist ein weiteres Zeichen für die Verrohung der politischen Sitten in Israel.

Könnte eine Liberalisierung der israelischen Gesellschaft einen Ausweg aus dem Marsch in den Fundamentalismus bieten? Umfragen der Hebräischen Universität zufolge, besteht zu Optimismus kein Anlaß. Nach dieser Untersuchung stufen sich 30 Prozent der israelischen Gymnasiasten als »Rassisten« ein. Davon entfallen 33 Prozent auf religiöse und 28 auf säkulare Schüler. Nur 50 Prozent stimmten zu, daß Araber Bürger mit gleichen Rechten seien. Auch sind 72 Prozent der Befragten dagegen, daß Araber für einen Sitz in der Knesset kandidieren, da sie ein Sicherheitsrisiko darstellen. Diese Zunahme des Rassismus bestätigt auch die Untersuchung von Deborrah Karmil von der Universität Haifa. Nach ihr sprechen

sind 61,7 Prozent der israelischen Jugendlichen gegen gleiche Rechte für die israelischen Palästinenser aus. 73,5 Prozent halten eine arabische Vertretung in der Knesset für eine Gefahr Israels. Hätten nicht fünf Jahre »Friedensprozeß« andere Resultate zeigen müssen?

Obwohl sich die Leistungen der israelischen Demokratie in bezug auf den Aufbau des Landes und die Integration sehen lassen können, stehen die Zeichen für die Weiterentwicklung der Demokratie im westlichen liberalen Verständnis eher schlecht. Gefahr für den Bestand des säkularen Israel droht – so paradox es auch klingen mag – nicht von den Palästinensern allgemein oder den israelischen Palästinensern im besonderen, sondern von den extremen Nationalisten und den religiösen Fundamentalisten des Landes, die die Staatsordnung von innen aushöhlen und unterminieren und die säkulare Ideologie in ihr Gegenteil verkehren. Diese Kräfte befinden sich im Augenblick auch in der Regierung, und dies ist das Besorgniserregende.